

# Arbeit & Wirtschaft

Herausgegeben von AK und ÖGB

[www.arbeit-wirtschaft.at](http://www.arbeit-wirtschaft.at)

© ÖGB-Verlag/Michael Mazohl



## Forsch

*Schwerpunkt Wissenschaft*

**Coverstory:**  
**Streben nach unbefleckter Freiheit**

Damit nicht anschnafft, wer zahlt, müssen Einflüsse transparent gemacht werden.

6

**Interview:**  
**Finger in Wunden legen**

Birgit Sauer über Männerkartelle, Fakten und Angriffe auf die Demokratie.

18

**Reportage:**  
**Drinnen im Grünen**

Gesunde Räume, Müll, Roboter: Ein Besuch in ungewöhnlichen Laboren.

26



18

## Interview

Birgit Sauer, Professorin für Politikwissenschaft an der Universität Wien, über Männerkartelle in den Wissenschaften, über alternative Fakten und Angriffe auf die Demokratie.



26

## Reportage

WissenschaftlerInnen, die im Elfenbeinturm sitzen, sind ein verbreitetes Vorurteil. Dabei forschen viele an Themen, die für die Gesellschaft und die Zukunft entscheidend sind.

# Schwerpunkt

## Wissenschaft und Macht

Das Verhältnis von Wissenschaft und Politik ist spannungsreicher, als es auf den ersten Blick scheint.

12

## Mittel und kein Ziel

Richtig dosiert kann externe Finanzierung stimulierend wirken. Im Übermaß behindert sie innovative Forschung.

14

## Öffentliche Risiken, private Profite?

Die Ökonomin Mariana Mazzucato widerlegt das klassische Argument, nur der Markt sei innovativ.

16

## Forschungsstandort Österreich

Österreichs forschende Unternehmen werden gut bedient. Macht die öffentliche Hand auch das Richtige?

22

## Im Mittelpunkt die Fakten

Die Wirtschaftswissenschaft der AK liefert seit 60 Jahren Grundlagen für eine interessenpolitische Auseinandersetzung.

32

## Die (r)eine Lehre

Organisationen fordern mehr Vielfalt in der Volkswirtschaftslehre. Doch der Trend geht in die andere Richtung.

34

## Unwichtig? Ausgegrenzt!

Über blinde Flecken in der Geschichtsschreibung und deren Hintergründe – eine kurze Bestandsaufnahme.

36

## Exzellenz hat kein Geschlecht

Die Zahl weiblicher Führungskräfte steigt nur langsam. Welche Maßnahmen setzen Unis, um die gläserne Decke zu durchstoßen?

38

## Freie als Jongliermasse

An manchen Unis bestreiten externe LektorInnen die Lehre zu 40 Prozent. Die Unis brauchen sie, behandeln sie aber schlecht.

40

## Vom Wissen als Feind

Wissenschaftsfeindlichkeit gibt es nicht erst seit Fake News und der Leugnung von Erkenntnissen durch einen US-Präsidenten.

42



6

## Coverstory

Ohne Geld findet keine Forschung statt. Doch dabei ist es wichtig, finanzielle Zuwendungen transparent zu machen, damit kein Interesse an Gegenleistungen entsteht.

# Standards

<b>Historie: Forschung und Gesellschaft</b>	<b>4</b>
<b>Standpunkt: Wissen ist kein Feind</b>	<b>5</b>
<b>Statistiken: Wissenschaft in Zahlen</b>	<b>24</b>
<b>Nicht zuletzt – von Norbert Schnedl</b>	<b>43</b>
<b>Frisch gebloggt</b>	<b>44</b>
<b>Aus AK und Gewerkschaften</b>	<b>45</b>
<b>Man kann nicht alles wissen</b>	<b>46</b>

Erklärungen aller grün markierten Worte.

## Impressum

**Redaktion „Arbeit&Wirtschaft“:**  
 Johann-Böhm-Platz 1, 1020 Wien,  
 Tel.: (01) 534 44-39263 Dw.,  
 Fax: (01) 534 44-100222 Dw.,  
 Sonja Fercher (CvD),  
 Sonja Adler (Sekretariat): 39263 Dw.  
**E-Mail: [sonja.adler@oegb.at](mailto:sonja.adler@oegb.at)**  
**Internet: [www.arbeit-wirtschaft.at](http://www.arbeit-wirtschaft.at)**

**Abonnementverwaltung und Adressänderung:**  
 Bettina Eichhorn, Philipp Starlinger, Johann-Böhm-  
 Platz 1, 1020 Wien, Tel.: (01) 662 32 96-0  
**E-Mail: [aboservice@oegbverlag.at](mailto:aboservice@oegbverlag.at)**

**Redaktionskomitee:**  
 Bernhard Achitz, Sonja Adler, Thomas Angerer, Lucia  
 Bauer, Romana Brait, Gerhard Bröthaler, Adi Buxbaum,  
 Georg Feigl, Sonja Fercher, Andreas Gjecaj, Elisabeth  
 Glantschnig, Oliver Gruber, Richard Halwax, Melissa  
 Huber, Lena Karasz, Georg Kovarik, Florian Kräftner,  
 Iris Kraßnitzer, Sylvia Kuba, Sabine Letz, Pia Lichtblau,  
 Markus Marterbauer, Michael Mazohl, Martin Müller,  
 Klaus-Dieter Mulley, Ruth Naderer, Martin Panholzer,  
 Brigitte Pellar, Sybille Pirklbauer, Philipp Schnell, Georg  
 Sever, Josef Thoman, Christina Wieser, Gabriele Zgubic,  
 Karin Zimmermann

**Redaktionsmitglieder:**  
 Sonja Fercher (CvD), Sonja Adler (Sekretariat),  
 Michael Mazohl (Artdirektion)  
 Dietmar Kreuzberger (Grafik und Layout)

**MitarbeiterInnen dieser Ausgabe:**  
 Sonja Fercher (CvD), Sonja Adler, Sonja Bettel, Romana  
 Brait, Christian Cargnelli, Tamara Ehs, John Evers,  
 Astrid Fadler, Sophia Fielhauer-Resei, Tobias Hinterseer,  
 Lena Karasz, Sandra Knopp, Markus Marterbauer,  
 Michael Mazohl, Miron Passweg, Brigitte Pellar,  
 Christian Resei, Alexandra Rotter, Norbert Schnedl,  
 Udo Seelhofer, Irene Steindl, Anton Tantner

**Herausgeber:**  
 Bundesarbeitskammer, 1040 Wien, Prinz-Eugen-  
 Straße 20–22, und Österreichischer Gewerkschafts-  
 bund, 1020 Wien, Johann-Böhm-Platz 1

**Medieninhaber:**  
 Verlag des Österreichischen Gewerkschaftsbundes  
 GmbH, 1020 Wien, Johann-Böhm-Platz 1, Tel.: (01)  
 662 32 96-0 Dw., Fax: (01) 662 32 96-39793 Dw.,  
**E-Mail: [zeitschriften@oegbverlag.at](mailto:zeitschriften@oegbverlag.at)**,  
**Internet: [www.oegbverlag.at](http://www.oegbverlag.at)**

**Hersteller:** Verlag des ÖGB GmbH  
**Verlagsort:** Wien  
**Herstellungsort:** Wien

**Preise (inkl. MwSt.):**  
 Einzelnummer: € 2,50;  
 Jahresabonnement Inland € 20,-;  
 Ausland zuzüglich € 12,- Porto;  
 für Lehrlinge, StudentInnen und PensionistInnen  
 ermäßigtes Jahresabonnement € 10,-  
 Bestellungen an den Verlag des ÖGB, 1020 Wien,  
 Johann-Böhm-Platz 1, Tel.: (01) 662 32 96-0,  
**E-Mail: [aboservice@oegbverlag.at](mailto:aboservice@oegbverlag.at)**

Offenlegung gemäß Mediengesetz, § 25:  
**[www.arbeit-wirtschaft.at/offenlegung](http://www.arbeit-wirtschaft.at/offenlegung)**  
 ZVR-Nr. 576439352 • DVR-Nr. 0046655  
 ISSN (Print) 0003-7656, ISSN (Online) 1605-6493,  
 ISSN (Blog) 2519-5492

Die in der Zeitschrift „Arbeit&Wirtschaft“ wiederge-  
 gebenen Artikel entsprechen nicht notwendigerweise  
 der Meinung von Redaktion und Herausgeber. Jeder/  
 jede AutorIn trägt die Verantwortung für seinen/ihren  
 Beitrag. Es ist nicht die Absicht der Redaktion, die  
 vollständige Übereinstimmung aller MitarbeiterInnen  
 zu erzielen. Sie sieht vielmehr in einer Vielfalt der  
 Meinungen die Grundlage einer fruchtbaren geistigen  
 Auseinandersetzung. Die Redaktion übernimmt keine  
 Gewähr für unverlangt eingesandte Manuskripte.  
 Nachdrucke, auch auszugsweise, nur mit Zustimmung  
 der Redaktion und mit Quellenangabe.

# Forschung und Gesellschaft

*Arbeiterkammer-Experte Theodor Prager nahm 1971 zu den Grundsätzen der österreichischen Forschungspolitik der 1970er-Jahre Stellung.*

Forschungs- und Wissenschaftspolitik wurden in der „Kreisky-Ära“ ab 1970 zu einem zentralen Anliegen. Konservative Kreise wiesen die Forderung nach mehr Transparenz und nach Leitlinien zur Modernisierung der rückständigen österreichischen Wissenschaftskultur als „Eingriff in den Freiraum der Wissenschaften“ massiv zurück. Die Ergebnisse des 1971 veröffentlichten OECD-Prüfberichts über die „Wissenschaftspolitik in Österreich“ bestätigten allerdings die Notwendigkeit des Vorhabens. Die OECD empfahl, eine umfassende Forschungskonzeption zu erarbeiten, wie dies auch im westlichen Ausland längst üblich war. Dieses Projekt zählte zu den wichtigsten Aufgaben des neuen „Bundesministeriums für Wissenschaft und Forschung“ unter Ministerin **Hertha Firnberg**. In den begleitenden Diskussionsprozess sollten VertreterInnen aller betroffenen gesellschaftlichen Gruppen einbezogen werden, (damals) selbstverständlich auch die Gewerkschaftsbewegung mit den Arbeiterkammern. In einer Ausgabe der von der AK Wien herausgegebenen Schriftenreihe des ÖGB-Verlags „Beiträge zur Wirtschaftspolitik und Wirtschaftswissenschaft“ stellte AK-Präsident Wilhelm Hrdlitschka fest:

*Die Ausarbeitung von konkreten wissenschaftspolitischen Vorschlägen ist ein konsequenter Schritt auf dem Wege zu einer „forschungsbewussten“ österreichischen Wirtschaft.*

Hrdlitschka bezog sich auf den Beitrag „Forschung und Gesellschaft“ von Theodor Prager, dem Topexperten der wirtschaftswissenschaftlichen Abteilung der AK Wien.

Prager befürwortete die geplante breite Beteiligung am Diskussionsprozess, ging aber gerade deshalb weit über die Bedeutung von Wissenschaft und Forschung für die Wirtschaftsentwicklung hinaus. Er schrieb unter anderem:

*Forschung ist zunächst Arbeit, eminent produktive Arbeit, also gesellschaftliche Aktivität. ... Sie sollte sich an den immanenten wissenschaftlichen Erfordernissen, aber auch an den gesellschaftlichen Bedürfnissen orientieren. Letzteres ist oft nur recht unvollkommen der Fall.*

*Auf macht- und prestigeorientierte Zielsetzungen und entsprechende Vorhaben kann und soll ein Land wie Österreich von Haus aus verzichten. Damit sein bescheidenes, aber durchaus nicht unbedeutendes Forschungspotenzial zweckmäßig eingesetzt wird, bedarf es eines Konzeptes, das nicht einseitig, sondern im Zusammenwirken mit allen relevanten Faktoren erarbeitet wird. Dazu gehören zunächst Staat, Wissenschaft und Wirtschaft als Produzenten wie auch als Konsumenten wissenschaftlicher Tätigkeit. Dazu gehören aber auch die sogenannten einfachen Leute als Teilnehmer am gesellschaftlichen Lebensprozess, sei es als Produzenten, Konsumenten, Steuerzahler oder Staatsbürger. ...*

*Die heutige Gesellschaft ist in raschem Wandel begriffen. Ein adäquates Forschungskonzept erfordert Vorausschau.*



© Bildarchiv der KPÖ.

„Teddy“ Prager (1917–1986) studierte in der Emigration in England Wirtschaftswissenschaften und kam 1945 als Mitarbeiter der KPÖ wieder nach Österreich. Ab 1963 gehörte der Wissenschaftler, der marxistische Konzepte mit den Ideen von John Maynard Keynes verband, zum Team der AK Wien. 1968 verließ er aus Protest gegen die Niederschlagung des Prager Frühlings die KPÖ.

*Wir brauchen nicht nur technologisches und marktmäßiges „forecasting“, wir brauchen auch Bedürfniserforschung, müssen trachten „mögliche Zukünfte“ ... zu ermitteln. Die Erkenntnis neuer Tendenzen und Zusammenhänge muss ihren Niederschlag im Forschungskonzept finden.*

Ausgewählt und kommentiert von  
Brigitte Pellar

[brigitte.pellar@aon.at](mailto:brigitte.pellar@aon.at)

# Wissen ist kein Feind

## Standpunkt



**Sonja Fercher**

Chefin vom Dienst  
Arbeit&Wirtschaft

**E**s ist paradox: Obwohl sich unsere Gesellschaft immer mehr zu einer Wissensgesellschaft entwickelt, sind wir mit einer neuen Welle der Wissenschaftsfeindlichkeit konfrontiert. Aber vielleicht ist es sogar logisch, dass die beiden Phänomene Hand in Hand gehen. Es ist zweifellos schwieriger und anstrengender geworden, sich in dem riesigen Dschungel von Informationen und Quellen zu orientieren.

### Ökonomisierung

Diese Entwicklung fällt erstens zusammen mit einer zunehmenden Ökonomisierung der Gesellschaft, zweitens mit einer noch weiter zugespitzten Mediatisierung, in der es mehr um knackige Schlagzeilen und Personen denn um Inhalte geht, während der Qualitätsjournalismus weiterhin in einer Finanzierungs-krise steckt.

Dazu kommt, dass so manche Autoritäten ins Wanken geraten sind – und das ist nicht von vornherein schlecht. So üben auch wir in der A&W immer wieder Kritik an einseitigen wissenschaftlichen Erkenntnissen, versuchen andere Perspektiven aufzuzeigen und weisen auf blinde Flecken hin, die wir im Mainstream ausmachen. Weiters ist die Ökonomisierung der Wissenschaft eine große Herausforderung: Wer kann sich noch darauf verlassen, dass Ergebnisse

von Studien auch wirklich objektiv sind und nicht von den Auftraggebern beeinflusst, die sie finanzieren?

Was, wenn der Kampf um Drittmittel dazu führt, dass WissenschaftlerInnen an Universitäten ihre Forschung danach richten, was finanzierbar ist, und nicht danach, ob eine wichtige Erkenntnis daraus erwachsen könnte. Wenn Studienpläne nur noch darauf ausgerichtet sind, möglichst schnell fertig zu werden, und nicht darauf, dass Studierende zunächst ihren Kopf weit aufmachen, bevor sie in den beruflichen Alltag eintauchen. Wenn Medien Studien unhinterfragt weiterverbreiten, sich JournalistInnen nicht die Zeit nehmen (oder sie ihnen nicht gegeben wird), um Financiers und Ergebnisse kritisch zu hinterfragen. Wenn gesellschaftliche Diskussionen nur noch an der Oberfläche geführt werden, statt sie in die Tiefe zu führen.

### Kein schmaler Grat

All dies lässt Vorwürfe und auch Skepsis gegenüber der Wissenschaft berechtigt erscheinen. Jedenfalls erklärt es, warum auch so manche Wissenschaftsleugnung auf fruchtbaren Boden fällt. Doch liegt zwischen der Wissenschaftskritik und der Leugnung wissenschaftlicher Erkenntnisse wirklich nur ein schmaler Grat? Ist Wissenschaft wirklich beliebig? Die Antwort lautet eindeutig: Nein!

Denn allen Fehlentwicklungen zum Trotz gelten in der Wissenschaft strenge Regeln. Aber es ist mehr Vorsicht gefragt. Man sollte etwa bei der Auswahl von Quellen Vorsicht walten lassen. Es gibt inzwischen im Internet mehrere Tipps, wie man Falschnachrichten auf die Spur kommen kann (z. B. unter [www.mimikama.at](http://www.mimikama.at)). Umso wichtiger wäre es daher, jungen Menschen schon in der Schule Möglichkeiten zu vermitteln, wie sie sich diesbezüglich zurechtfinden können.

### Hehre Wünsche

Leider sind das momentan hehre Wünsche, denn in Österreich befinden sich gerade zwei Parteien mitten in den Koalitionsverhandlungen, von denen VertreterInnen durchaus durch das Leugnen von Fakten und wissenschaftlichen Erkenntnissen aufgefallen sind. Zudem sind in ihrem Umfeld private Forschungsinstitutionen tätig, die vermeintlich objektive Erkenntnisse verbreiten, um damit ihre Angriffe auf den Sozialstaat und die Sozialpartnerschaft zu begründen. Umso wichtiger wird es sein, dass gerade Gewerkschaften und Arbeiterkammern einen starken Gegenpol bilden. Wir werden uns in der A&W weiter darum bemühen, unseren LeserInnen Fakten und Zusammenhänge aus der Sozial- und Wirtschaftspolitik näherzubringen.

# *Das Streben nach unbefleckter* **FREIHEIT**

Wissenschaft wird immer kompetitiver, die zu vergebenden Budgets werden immer mehr nach Forschungszielen definiert. Meistens bekommt nur ein Institut von jenen, die sich dem Wettbewerb stellen, den Auftrag. Vorteil: Die Ergebnisse passen besser zu den Zielen. Nachteil: Unsicherheit und ein hoher administrativer Aufwand.



*Ohne Geld findet keine  
Forschung statt. Doch jede  
finanzielle Zuwendung  
birgt auch das Interesse an  
einer Gegenleistung.  
Deshalb ist es wichtig,  
diese Einflüsse transparent  
zu machen.*

Text: Sophia Fielhauer-Resei, Christian Resei  
Fotos: Michael Mazohl

**D**ie Wissenschaft in Österreich hat zwei Gesichter. Einerseits gibt es renommierte ForscherInnen – wie etwa am Vienna Biocenter (VBC, vormals Campus Vienna Biocenter) –, die eng mit der viel gerühmten Harvard University oder der Chinese Academy of Sciences (CAS, Chinesische Akademie der Wissenschaften in Peking) zusammenarbeiten. Auch in der österreichischen Quantenphysik wird seit Jahrzehnten im internationalen Spitzenfeld geforscht – Wissenschaftler wie etwa Rainer Blatt, Anton Zeilinger oder Peter Zoller arbeiten in dieser Sparte auf Weltniveau.

Andererseits gibt es viele AssistentInnen, denen – wenn sie weiter an den Universitäten bleiben – trotz guter Ausbildung bloß die Aussicht auf ein jahrelanges Prekariat bleibt. Auf sie wartet ein Arbeitsleben mit Kettenverträgen, die maximal sechs Jahre, bei Teilzeit acht Jahre, umfassen. Befristete Arbeitsverhältnisse also, die WissenschaftlerInnen keine langfristige Perspektive gönnen. Insbesondere Frauen steigen aus dieser „Wissenschaftlerkarriere“ wieder aus. Denn von einer befristeten Projektstelle zur nächsten mit einer gut 60-Stunden-Woche und rund sechs Euro Stundenlohn lässt sich eine Familie schwer versorgen. Laut einer Studie der Akademie der Wissenschaften aus dem Jahr 2016 verzichtet in Österreich jede zweite Frau im Wissenschaftsbetrieb darauf, Mutter zu werden. Das liegt nicht am fehlenden Kinderwunsch. Vielmehr schließen sich unter den derzeitigen Bedingungen eine Entscheidung

**Es studieren mehr Frauen als Männer, dennoch sind heute nur etwa ein Viertel der ProfessorInnen Frauen. Eine 60-Stunden-Woche und in vielen Bereichen die Perspektive auf ein jahrelanges Prekariat führen dazu, dass viele Frauen auf eine Karriere in der Wissenschaft verzichten.**

für Kinder und eine wissenschaftliche Laufbahn fast aus.

### Transparente Beeinflussung

Etwa 38.000 Menschen (Universitätsbericht 2014) sind an den österreichischen Universitäten in wissenschaftlichen Beschäftigungsverhältnissen tätig, angefangen von Uni-ProfessorInnen über LektorInnen bis hin zu studentischen MitarbeiterInnen. Zu einem großen Teil wird der wissenschaftliche Betrieb aus Steuergeldern finanziert. Ein hoher Anteil davon kommt aus Drittmitteln, die einerseits von staatlichen Institutionen wie etwa dem Fonds zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung (FWF) oder EU-Programmen zur Forschung und Integration wie „Horizon 2020“ stammen.

Diese finanziellen Mittel sind für die Universitäten immer stärker an Bedingungen geknüpft, die zu vergebenen Budgets nach Forschungszielen definiert. „Der Fonds sagt etwa: ‚Wir möchten, dass ihr ein bestimmtes Thema erforscht, also bitte bewirbt euch um diese Mittel‘“, sagt Markus Scholz, Professor für Corporate Governance & Business Ethics an der FH Wien und Leiter der Transparency Austria Arbeitsgruppe „Academic Governance“. Danach wird eine Auswahl getroffen, ob die vorgelegten Forschungsvorhaben auch wirklich zu den definierten Zielen passen. In der Regel bekommt nur ein Institut von jenen, die sich diesem Wettbewerb stellen, den Auftrag – für die anderen war es ein vergeblicher Bewerbungsaufwand. Der Vorteil: Im Vergleich zur Gießkannenverteilung,

die es davor gegeben hat, können Forschungsmittel im Wesentlichen nicht mehr veruntreut werden. Der Nachteil: Es muss viel Administration und Aufwand betrieben werden, um an Drittmittel heranzukommen.

Ein weiterer Aspekt ist die Zusammenarbeit zwischen Universitäten und privaten Unternehmen. Die Kooperationen von Wissenschaft und Wirtschaft können beiden Partnern Vorteile bringen, doch eine zu große Nähe derselben mag zu Interessenkonflikten und zu einer Beeinflussung der Forschungsergebnisse führen. Über diese Problematik wird in der Arbeitsgruppe „Academic Governance“ diskutiert, die Transparency International – Austrian Chapter (TI-AC) initiiert hat. Vertreten sind hier u. a. Bundesministerien, Hochschulen und Hochschulkonferenzen, private Drittmittelgeber und die HochschülerInnenschaft.

### Kooperation und Versuchung

Die Zusammenarbeit zwischen Universitäten und privaten Unternehmen wird immer intensiver. Teils werden Firmen sogar von der Politik aufgefordert, sich an den Unis zu engagieren. Dabei handelt es sich um ein grundsätzlich sinnvolles Engagement, denn die Kooperation zwischen Stiftungen, Unternehmen, Universitäten und Fachhochschulen kann für beide Seiten durchaus produktiv sein. Unternehmen können sich von den Unis und FHs starkes Innovationspotenzial erwarten, das wiederum fördert die Weiterentwicklung ihrer Dienstleistungen und Produkte. Die Hochschulen haben

dadurch ein höheres Budget zur Verfügung und können ein besseres Verhältnis zur Praxis entwickeln. Ein weiteres Plus: Zielgerichteter Forschung wird möglich. Nicht jedes Fach ist jedoch gleich lukrativ: „Die Drittmittel spielen besonders im technischen und naturwissenschaftlichen Bereich eine zunehmend große Rolle – im sozialwissenschaftlichen Bereich gibt es viel weniger privates Geld“, weiß Miron Passweg, wirtschaftspolitischer Referent der AK Wien.

Das Problem besteht in der Versuchung, Grenzen zu überschreiten. Laut war der Aufschrei, als 27 UniversitätsprofessorInnen 2013 im „Zürcher Appell“ vor den Gefahren des groß angelegten Uni-Sponsorings durch private Geldgeber warnten. Inzwischen haben 1.600 Menschen diesen Appell zur Wahrung der wissenschaftlichen Unabhängigkeit unterstützt. Stein des Anstoßes: Die Leitung der Universität Zürich hatte unter Ausschluss der Öffentlichkeit einen Kooperationsvertrag mit den Spitzen der UBS-Bank (Union Bank of Switzerland) abgeschlossen. Das Universitäts-Sponsoring umfasste dabei den stolzen Betrag von 100 Millionen Schweizer Franken (rund 86 Millionen Euro). Dafür wurde als Gegenleistung das „UBS International Center of Economics in Society“ errichtet. Besagter Vertrag wurde erst nach massivem öffentlichem Druck offengelegt. Die Großbank unterstützt mit dem Geld auch neu geschaffene Lehrstühle. Die Optik dabei ist problematisch, denn gerade zu dem Zeitpunkt, als der Vertrag unterzeichnet wurde, war die UBS in einige Skandale verwickelt. So gab es



Milliardenverluste bei Handelsspekulationen in London. UBS wurde zudem verdächtigt, in Manipulationen des Referenzzinssatzes LIBOR verwickelt zu sein. In Frankreich bestand der Verdacht auf Geldwäsche und Beihilfe zur Steuerhinterziehung.

### Schweizer Freiheit

Im „Zürcher Appell“ heißt es: „Universitäten sind aus der Idee entstanden, der freien Forschung, Bildung und Lehre einen geschützten und nicht käuflichen Ort zu schaffen. Sie dienen dem Wohl der Gemeinschaft und werden auch von der Gemeinschaft getragen.“ Mit dieser Gründungsidee sei das wissenschaftliche Ethos, das den besonderen Ort „Universität“ frei hält von politischen, ideologischen oder ökonomischen Verwertungsinteressen, verbunden. Außerdem sei die Freiheit von Lehre und Forschung von der Verfassung geschützt. Und weiter: „Vor diesem Hintergrund versteht es sich von selbst, dass eine staatliche Universität mit Institutionen, die in der Öffentlichkeit mit Skandalen und unethischem Verhalten assoziiert werden, weder eine Kooperation noch ein Sponsoring eingehen soll. Dies schadet dem wissenschaftlichen Ruf aller Universitäten. (...) Damit büßen die Wissenschaftler ihren Status als Garanten für eine unabhängige und ethisch sensible Wissenschaft ein.“ Die Uni Zürich hat zwar seither die Kriterien für die Zusammenarbeit mit Wirtschaftsunternehmen nachgeschärft, den Kooperationsvertrag zwischen Uni Zürich und UBS gibt es aber weiterhin. Ironischerweise sieht sich die Zürcher Uni als erste freie Universität Europas. Sie wurde nicht von einem Landesfürsten oder von der Kirche gegründet, sondern von einem demokratischen Staatswesen.

### Österreich ist anders

„Auch in Österreich stellen wir einen höheren Drittanteil von privaten Institutionen fest“, erklärt Markus Scholz. Doch beim Thema Transparenz haben die österreichischen Hochschulen noch großen Aufholbedarf. „Es gibt zwar Zahlen, die an das Ministerium weitergegeben werden, doch diese sind hoch **aggregiert**. Es ist kaum nachzuvollziehen, wer

**Grundsätzlich ist eine Zusammenarbeit zwischen den Universitäten und der Wirtschaft positiv zu sehen. Problematisch wird es aber, wenn es keine Regeln dafür gibt. Gerade in Österreich muss noch einiges getan werden, denn es ist nicht erkennbar, welches Institut von welchem Unternehmen wie viel Zuwendungen bekommt.**

wem wie viel Mittel zur Verfügung stellt.“ Das scheint den Universitäten und Fachhochschulen derzeit ausreichend zu sein. Für BürgerInnen wird aber nicht deutlich, welches Institut von welchem Unternehmen wie viel Zuwendungen bekommt. Dies liegt vor allem an fehlenden konkreten Berichtspflichten für die Fachhochschulen, pädagogischen Hochschulen und Privatuniversitäten.

Problematisch ist zum anderen das Amtsgeheimnis, das in Österreich (EU-weit einzigartig) noch immer im Verfassungsrang steht und die Hochschulen daher, auch auf Anfrage, nicht zu einer Veröffentlichung spezifischer Informationen hinsichtlich ihrer Finanzierung verpflichtet. Transparency Austria arbeitet derzeit an einer Vorstudie, die sich mit Interessenkonflikten, die an Hochschulen mit privaten Drittmittelkooperationen auftreten können, befasst. In Deutschland ist die „Wissenschaftsfreiheit“ Teil des Grundgesetzes, dort sind laut Definition Wissenschaft, Forschung und Lehre frei. Markus Scholz: „Der Unterschied zu Österreich ist, dass an deutschen Fachhochschulen und Universitäten ein sehr viel geringeres Weisungsrecht der kaufmännischen Geschäftsführung herrscht.“

Transparency International fordert deshalb, dass es bei der Zusammenarbeit mit privaten Unternehmen klare Regelungen und Verbindlichkeiten geben muss. Folgende Fragen sollten geklärt sein: Von wem kann ich Geld annehmen? Wer sollte prinzipiell vom Hochschul-Sponsoring ausgeschlossen werden (etwa Waffen-, Tabak-, Glücksspielbetriebe)? Auch innerhalb der

Universitäten muss es Richtlinien zu Drittmitteln und nachvollziehbare Kriterien bei Stellenbesetzungen geben, ebenso Regelungen zu Interessenkonflikten. „Die TU München ist in vielen Bereichen genauso wie das Fraunhofer-Institut und die Max-Planck-Gesellschaft ein Vorbild, sie haben eine klare Governance-Struktur aufgebaut“, so Scholz.

### **Auflistung der Firmenkooperationen**

In Deutschland ist der Umgang mit Drittmitteln transparenter. Dort gründeten die Tageszeitung taz, Transparency International und der Studentenverband fzs (freier Zusammenschluss von studentInnenschaften) 2013 das Projekt „Hochschulwatch“ ([www.hochschulwatch.de](http://www.hochschulwatch.de)), um Verflechtungen zwischen Wirtschaft und Hochschulen aufzudecken und zu dokumentieren. Mehr als 10.000 Kooperationen zwischen Hochschulen und Unternehmen sind mittlerweile auf „Hochschulwatch“ gelistet: Spenden und Sponsoring-Verträge, aber auch rund 1.000 Stiftungsprofessuren. Das erklärte Ziel des Projekts ist es, die Einflussnahme der Wirtschaft auf die universitäre Forschung zu diskutieren. Bei strategischen Partnerschaften und Stiftungsprofessuren müsse die Öffentlichkeit während der gesamten Dauer über deren Inhalt informiert werden.

Markus Scholz von „Academic Governance“: „Problematisch wird es, wenn die Unternehmen in der (Professoren-)Berufungskommission vertreten sind.“ Abzulehnen sei es auch, wenn etwa ein Stifter – weil er sich finanziell engagiert – eine Bewerberin oder einen

## *ArbeitnehmerInnen:* **Objektive Forschung muss weiter garantiert sein**

Die Anliegen der ArbeitnehmerInnen in der Wissenschaft umzusetzen ist ein Ziel der Arbeiterkammer. „Forschung kann arbeitnehmerInnenbezogen sein“, erklärt der wirtschaftspolitische AK-Referent Miron Passweg. „Wenn es etwa in der Nanotechnologie um Partikel geht, die für ArbeitnehmerInnen am Arbeitsplatz sehr schädlich sein können, dann kann in der Forschung auf die Bedürfnisse der ArbeitnehmerInnen Rücksicht genommen werden.“ Dabei ist es wichtig, dass es objektive, nicht in eine Richtung schwankende Ergebnisse gibt.

Die AK steht im Austausch mit ForscherInnen, die u. a. in den Wirtschaftswissenschaften, Sozialwissenschaften oder in der Raumplanung Vorträge bei Veranstaltungen halten. Sie fördert auch StudentInnen – die von ihr vergebenen Preise sind eine Anerkennung, ihre Dotation treibt die jungen ForscherInnen nicht in eine Abhängigkeit und lässt sie weiterhin objektiv arbeiten. Passweg: „Als Arbeiterkammer muss man sich auch bemerkbar machen. Es gibt entsprechende Gremien auf Ebene des Bundes und der Ministerien, wo wir uns einbringen müssen.“ Hier ist es wichtig zu diskutieren, wie etwa ein Gesetz aussehen kann, was drinstehen soll und was die Wissenschaft zu berücksichtigen hat. Mit der neuen Regierung wächst allerdings die Angst vor Rückschritten, denn unter der ersten schwarz-blauen Regierung wurden die InteressenvertreterInnen der ArbeitnehmerInnen aus einigen Gremien verdrängt.



Bewerber wegen der politischen Ausrichtung ablehnen kann. „Wir brauchen mehr Transparenz. Ich muss als Gesellschaft in der Lage sein zu verstehen, welche Akteure welche Wissenschaftler unterstützen, um dann auch die Ergebnisse kritisch hinterfragen zu können“, fordert Scholz.

## Sein und Schein

Wie objektiv Ergebnisse von Auftragsforschungen sind, ist umstritten. In der biomedizinischen Forschung wurde etwa ein sogenannter „funding effect“ nachgewiesen. Und im Buch „Science in the Private Interest“ (2003) zeigt Autor Sheldon Krinsky, dass Studien, die von Firmen gesponsert werden, mit viel größerer Wahrscheinlichkeit – verglichen mit Studien, die aus Non-Profit-Quellen finanziert wurden – Resultate im Sinne des Sponsors zeigen. Allerdings muss das kein Resultat einer bewussten Manipulation sein: Die empirische Evidenz zeigt, dass selbst ehrliche Menschen unbewusst einer selbstdienlichen Wahrnehmungsverzerrung (self-serving bias) unterliegen. Die Wahrnehmung wird zugunsten eines möglichen Geldgebers subtil beeinflusst, auch wenn kein Geld fließt.

Von der Industrie finanzierte Forschungen stellen die Wirksamkeit und Sicherheit neuer Produkte signifikant freundlicher dar als unabhängige Arbeiten. Das schafft bedenkliche Anreize, vornehmlich in die Richtungen zu forschen, die mögliche Sponsoren anziehen, und Forschung zu vermeiden, die unangenehm werden könnte. In diesem Zusammenhang schrieb die deutsche Ökonomin Margit Osterloh in der „Weltwoche“: „Ein Zürcher Ökoniestudent beschwerte sich, dass er in seinem Studium seit dem Ausbruch der Finanzkrise kein kritisches Wort über die Großbanken gehört habe.“ Am Bankenplatz Zürich – mit seinen von Banken gesponserten Lehrstühlen – ist das sicher kein Zufall.

---

Schreiben Sie Ihre Meinung an die AutorInnen  
[sophia.fielhauer@chello.at](mailto:sophia.fielhauer@chello.at)  
[resei@gmx.de](mailto:resei@gmx.de)  
oder die Redaktion  
[aw@oegb.at](mailto:aw@oegb.at)



Neoliberale Thinktanks, die hauptsächlich von finanzkräftigen Unternehmen finanziert werden, wie das Hayek Institut und die Agenda Austria (im Bild deren Chef Franz Schellhorn) diskreditieren konsequent sozialstaatliche Interventionen.

# Wissenschaft und Macht

*Das Verhältnis von Wissenschaft und Politik erregte in letzter Zeit verstärkt das öffentliche Interesse. Tatsächlich ist es eine spannungsreiche Beziehung.*

Lena Karasz

Abteilung Wirtschaftspolitik der AK Wien

Im Oktober dieses Jahres zog eine besorgniserregende Meldung durch die heimischen Medien: Das österreichische Pensionssystem sei nicht nachhaltig. Jedenfalls gelangte das Beratungsunternehmen Mercer zu diesem Ergebnis – es reihte Österreich in einem Vergleich mit 30 Altersversorgungssystemen an 21. Stelle. Die Schlussfolgerung von Mercer: Das gesetzliche Pensionseintrittsalter müsse dringend erhöht werden.

Skepsis ist angebracht. Denn hinter Mercer stehen Unternehmen, die private Altersvorsorgeprodukte verkaufen. Sie haben daher ein geschäftliches Interesse daran, das staatliche Pensionsmodell als defizitär einzustufen. Noch dazu sind die Ergebnisse verzerrt, denn der

Mercer Index berücksichtigt öffentliche Pensionssysteme kaum.

## Spannungsverhältnis

Die Mercer-Studie ist eines von vielen Beispielen für das problematische Spannungsverhältnis von Wissenschaft und Politik. Neoliberale Thinktanks, die zu umstrittenen Forschungsergebnissen gelangen und diese gezielt in die Medien hineinreklamieren, konnten ihren Einflussbereich in den letzten Jahren erheblich erweitern. Die Linzer Ökonomen Stephan Pühringer und Christine Stelzer-Orthofer haben den Einfluss solcher Forschungsinstitute, die hauptsächlich von finanzkräftigen Unternehmen finanziert werden, untersucht. Sie zeigen auf, dass neoliberale Thinktanks wie das **Hayek Institut** und die **Agenda Austria** konsequent sozialstaatliche Interventionen

diskreditieren, indem sie – versehen mit dem Mantel der Wissenschaftlichkeit – die „Grenzen“ des Sozialstaats betonen und dessen „Unfinanzierbarkeit“ behaupten.

Die von privat finanzierter Wissenschaft ausgehende Gefahr reicht über routinierte Angriffe auf sozialpolitische Errungenschaften weit hinaus. Besonders brisante Interessenkonflikte können vor allem dann entstehen, wenn sich Unternehmen an Studien beteiligen, die Aussagen über Risiken für Gesundheit und Umwelt treffen. Im März 2017 veröffentlichte die Umweltschutzorganisation Global 2000 den Bericht „Glyphosat und Krebs: Gekaufte Wissenschaft“. Darin legt die NGO dar, wie der US-Saatgutkonzern Monsanto in zahlreichen Fällen auf wissenschaftliche Artikel Einfluss genommen hat, die eine Ungefährlichkeit von Glyphosat bescheinigten.

Vorwürfe wie dieser verdeutlichen, dass eine öffentliche Debatte über die Finanzierung und Kontrolle von Forschung dringend erforderlich ist. Diese ist nicht zuletzt auch deshalb notwendig, weil Universitäten zusehends dazu gezwungen sind, drittmittelfinanzierte Forschungsaufträge zu lukrieren, die häufig von Privaten vergeben werden. Welche Forschungen sollten privat finanziert werden dürfen? Wann sollte die Kontrolle der Studien mittels Ausschreibemechanismen anderen übertragen werden? Sollte unternehmensfinanzierte Forschung das alleinige Fundament für politische Entscheidungen bilden dürfen? Die Klärung solcher Fragen ist eine demokratiepolitische Notwendigkeit. Was auf dem Spiel steht, ist nicht zuletzt auch der Verlust der Autorität von Wissenschaft in der medialen Öffentlichkeit. Diese Folge wäre verheerend, weil aufgrund der rasanten und systematischen Verbreitung von Fake News die Glaubwürdigkeit von evidenzbasierten Inhalten besonders wichtig ist.

Eine Forschungsfinanzierung allein durch die öffentliche Hand würde Objektivität oder gar Parteilosigkeit allerdings nicht garantieren. Das jüngste Beispiel hierfür ist die Studie über islamische Kindergärten, die das Institut für Islamisch-Theologische Studien der Universität Wien im Auftrag des Integrationsstaatsministeriums durchführte. Die Arbeit geriet in Misskredit, nachdem ein Dokument publik wurde, wonach der Text von Beamten des Außen- und Integrationsministeriums manipuliert und zugespitzt worden sei.

### Kein Garant für Objektivität

Nachdem eine externe Prüfungskommission Einflüsse seitens des Ministeriums bestätigt hatte, kündigte der Rektor der Universität Wien an, die Erarbeitung von Richtlinien für die Zusammenarbeit von Wissenschaft und Politik einzuleiten. Ein solches Regelwerk wäre zu begrüßen, um direkte Einflussnahmen künftig zu unterbinden, es wäre aber trotzdem kein Garant für wissenschaftliche Objektivität. Mit der Frage, ob eine solche überhaupt möglich ist, hat sich die Wissenschaftstheoretikerin Ulrike Felt intensiv auseinandergesetzt. In einer historischen Betrachtung

zeichnet sie nach, dass ab der Jahrhundertwende, insbesondere in der sozialdemokratischen Bewegung, die Idee von einer Wissenschaft existierte, „die als wertfrei, objektiv, universell und einer internen Logik folgend gedacht war“. Eine solche Wissenschaft wurde „als ideales Grundprinzip für das gute Funktionieren einer demokratischen Gesellschaft“ betrachtet. Laut Felt existierte die Vision, der Sieg der Sozialdemokratie würde sich von allein einstellen, „wenn sich nur ein wissenschaftlicher Geist in der Gesellschaft durchsetzte“.

Wie illusionär die Vorstellung von einer objektiven Wissenschaft ist, wird bei geistes- und sozialwissenschaftlichen Studien besonders sichtbar. Denn ForscherInnen agieren keineswegs unabhängig von ihrer Person. So formulieren sie Forschungsfragen von ihrem spezifischen Standpunkt aus und gehen dabei von Annahmen aus, die auf bestimmten Werten und Anschauungen basieren. Als Mitglieder der Gesellschaft werden selbstverständlich auch sie von gesellschaftspolitischen Diskursen beeinflusst und geprägt. Hinzu kommt, dass EntscheidungsträgerInnen bei der Auswahl der ExpertInnen für gewöhnlich auf jene Personen und Institutionen zurückgreifen, die mit ihren Wertesystemen und Weltanschauungen kompatibel sind. Im Fall der Kindergarten-Studie hätte also ein anderer Auftragnehmer bzw. eine andere Auftragnehmerin vielleicht die Analysekategorie „Islam-Kindergarten“ gar nicht erst unhinterfragt übernommen. Vielmehr hätte er oder sie ihre Verwendung im politischen Diskurs vielleicht kritisch analysiert, um sodann gänzlich andere Forschungsfragen vorzuschlagen. Bei aller Kritik, die in den Medien an der Studie geäußert wurde, fiel auf, wie erstaunlich selten die Diskussion darauf gelenkt wurde, auf welche wirkmächtigen Narrative die Studie aufbaute und wegen welcher politischen Wirkungen sie überhaupt durchgeführt werden sollte.

Wissenschaft wird von politischen EntscheidungsträgerInnen also vielfach dazu verwendet, die eigenen Interessen zu legitimieren und letztlich durchzusetzen. Wissenschaft und Politik sind weit aus enger miteinander verknüpft, als es auf den ersten Blick erscheint. Die poli-

BUCHTIPP

Michel Foucault:  
**Was ist Kritik?**  
Verlag Merve, 1992  
ISBN: 978-3-8839-6093-7

**Bestellung:**  
[www.besserewelt.at](http://www.besserewelt.at)



tischen Kräfteverhältnisse bestimmen nicht nur, wie wissenschaftliche Stellen besetzt und an wen Forschungsaufträge vergeben werden. Sie beeinflussen auch, welche Denktraditionen und Sichtweisen sich innerhalb eines Wissenschaftsfeldes gegenüber anderen durchsetzen. Der Philosoph Michel Foucault gelangte zum Ergebnis, dass es kein Wissen gibt, das neutral von Macht ist, und keine Macht, die sich nicht in das Wissen einlässt. Aus der Einsicht, dass kein Wissen frei von Machtbeziehungen ist, folgerte Foucault, dass nicht Wissen als solches, sondern eine kritische Haltung als zentrales Mittel von Emanzipation angesehen werden müsste.

### Im Zeichen der Kritik

Umgelegt auf die Tätigkeit der ArbeitnehmerInnenvertretung könnte dies bedeuten, dass unsere Expertise zwar unabdingbar ist, um interessengeleitete Forschungsergebnisse zu erschüttern und daraus abgeleitete politische Forderungen zu delegitimieren. Es bedeutet jedoch auch, dass wir es dabei nicht belassen dürfen. Wissenschaft wird vor allem dann zu einer echten Chance für unsere Anliegen, wenn sie im Zeichen der Kritik steht. Kritik würde in diesem Zusammenhang bedeuten, das Selbstverständliche, das allgemein Anerkannte zu hinterfragen. Hinter unseren Alltagsannahmen stehen vielfältige Machtmechanismen. Diese gilt es sichtbar zu machen, um so den Weg für Alternativen zu ebnen.

---

Blogtipp: Stephan Pühringer –  
„Neoliberale Think Tanks in Österreich“:  
[tinyurl.com/y8amongx](http://tinyurl.com/y8amongx)  
Schreiben Sie Ihre Meinung an die Autorin  
[lena.karasz@akwien.at](mailto:lena.karasz@akwien.at)  
oder die Redaktion  
[aw@oegb.at](mailto:aw@oegb.at)

# Mittel und kein Ziel

*Forschung ist immer mehr auf externe Finanzierung angewiesen. Richtig dosiert kann das stimulierend wirken. Im Übermaß behindert es innovative Forschung.*

**Sonja Bettel**  
Freie Journalistin

**D**ie Studierenden mögen doch bitte ihre Zeit nutzen, um ihr Wissen über das eigene Fach hinaus zu erweitern. Denn später hätten sie die Zeit dafür nicht mehr. Diesen Tipp gab Maximilian Gottschlich, Professor am Institut für Publizistik- und Kommunikationswissenschaft der Universität Wien. Das war Mitte der 1980er-Jahre.

Mittlerweile haben sich die Zeiten geändert, auch Studierende haben keine Zeit mehr für breit gefächerte Neugier und freies Nachdenken. Der Grund: Das **Bologna-System** hat zu einer Überladung und Verschulung aller Studiengänge geführt. Keine Zeit zu haben gilt heutzutage aber erst recht für das Lehr- und Forschungspersonal an den Universitäten und Forschungsinstitutionen.

## Zunehmende Ökonomisierung

Ursache des Zeitmangels ist die zunehmende Ökonomisierung aller Lebensbereiche, die Universitäten als „Ort rastloser Betriebsamkeit“ erscheinen lässt, wie der Innsbrucker Bildungswissenschaftler und Psychoanalytiker Josef Christian Aigner im Jänner 2017 in einem Kommentar in der Furche schrieb. Befristet angestellte JungwissenschaftlerInnen würden Forschungsanträgen hinterherhecheln, deren Erfolgswahrscheinlichkeit oft unter 20 Prozent liege.

Eine Laufbahnstelle, also eine unbefristete Anstellung an einer Universität, ist ein rares Gut geworden. Laut For-

schungsaktionsplan der Regierung wurde im Jahr 2013 bereits ein Viertel des wissenschaftlichen Personals über Drittmittel finanziert, an manchen technischen Universitäten ist es schon die Hälfte.

## Erhöhter Leistungsdruck

Dies ist kein Zufall, sondern so gewollt. Für die Hintergründe muss man in das Jahr 2002 zurückgehen, als das Universitätsgesetz in Kraft trat. Seit damals sind die Universitäten juristische Personen des öffentlichen Rechts, die vom Bund auf jeweils drei Jahre finanziert werden, wofür sie detaillierte Leistungsvereinbarungen abschließen und erfüllen müssen.

Die Vollrechtsfähigkeit gab den Unis mehr Selbstständigkeit, erhöhte aber auch den Leistungsdruck. „Die Kollegen nebenan am Institut für Molekulare Pathologie werden von Boehringer Ingelheim finanziert, die vom Institut für Molekulare Biotechnologie Austria und dem Gregor Mendel Institute von der Akademie der Wissenschaften“, sagt Kristin Teßmar-Raible, die im Vienna Biocenter an den Max F. Perutz Laboratories der Universität Wien arbeitet. „Sie haben dadurch ein Grundbudget, das ihnen den Freiraum gibt, auch Projekte mit höherem Risiko über einen längeren Zeitraum durchzuführen.“

Teßmar-Raible hat sich gemeinsam mit KollegInnen für eine interdisziplinäre Forschungsplattform der Universität Wien beworben. Erforscht werden soll die biologische „Monats-Uhr“ eines marinen Borstenwurms, die die Repro-

duktion und Regeneration beeinflusst. Erkenntnisse darüber, wie diese Uhr auf molekularer Ebene gesteuert wird, könnten auch für den Zyklus des Menschen interessant sein.

Die Forschungsplattform sei von der Uni für sechs Jahre gut dotiert worden, sagt Teßmar-Raible. Danach müsse sie sich aber wieder um Forschungsförderungen bemühen. Etwa ein Viertel ihrer Arbeitszeit wende sie für Anträge und deren Abrechnung auf. Bevor ein Projekt abgeschlossen sei, müsse man schon an die nächsten Anträge denken. „Ich würde mir wünschen, dass es eine finanzielle Grundausstattung gibt, damit keine Finanzierungslöcher entstehen“, sagt die Chronobiologin. Sollte es zu einem Loch kommen, müsste qualifiziertes Laborpersonal gekündigt, die Vermehrung von genetisch veränderten Pflanzen oder Tieren gestoppt werden. Bis man ein Labor nach einer Förderzusage wieder hochfahren habe, vergehe viel Zeit. Das wiederum bedeute einen Nachteil im internationalen Forschungswettbewerb, denn in der Schweiz beispielsweise gebe es generell mehr Basisfinanzierung der Forschung.

## Schwierige Finanzierung des Betriebs

Eine solche Basisfinanzierung vermissen auch die ForscherInnen der FORBA, der Forschungs- und Beratungsstelle Arbeitswelt. „Früher haben wir eine geringe Basissubvention vom Bund bekommen“, sagt FORBA-Geschäftsführer Thomas Riesenecker-Caba. „Aber die gibt es schon seit Jahren nicht mehr.“ Die FORBA muss also Drittmittel einwer-



ben, um ihre rund 15 wissenschaftlichen MitarbeiterInnen und das Verwaltungspersonal bezahlen zu können. „Früher war es leichter, an EU-Programmen zu partizipieren. Der administrative Aufwand war geringer und die Chancen waren größer“, so Riesenecker-Caba. Heute fördere die EU aber lieber wenige große Projekte. Dazu kommt ein Problem, das alle nicht universitären Forschungsinstitutionen und freiberuflichen ForscherInnen haben: Wie finanziert man den Overhead, also die Kosten für Miete, Infrastruktur und Personal, die nicht direkt einem Projekt zuzuordnen sind? Und wie die Zeit, bis das Fördergeld am Konto einlangt, wenn der Großteil erst am Ende eines Projektes ausgezahlt wird?

### Sponsor weg

Wie schwierig es sein kann, wenn man Forschung teilweise aus der Wirtschaft finanziert, hat auch Gunther Maier erlebt, der an der Wirtschaftsuniversität (WU) das 2007 gegründete Forschungsinstitut für Raum- und Immobilienwirtschaft leitet.

Ursprünglich wurde das Institut von der Immofinanz AG und später auch von der ERESNET GmbH gesponsert. „Wir haben mit diesem Geld Dissertanten finanziert, die für die Dauer ihrer Forschungsarbeit angestellt wurden“, erklärt Gunther Maier. Mit den Sponsoren sei eine grundlegende Ausrichtung des Instituts festgelegt worden, daraus seien aber keine konkreten Forschungsaufträge abgeleitet worden. „Wir wollen die Immobilienwirtschaft auf eine solidere wissenschaftliche Basis stellen, Markt-

beobachtung oder Gutachten zu Standortfragen sind nicht unser Thema“, so Maier. Die Immofinanz schlitterte im Herbst 2008 jedoch in die Krise. Derzeit hat das Institut keinen Sponsor.

Insgesamt wird die Forschung an der WU aber hauptsächlich vom Bund finanziert: Die Kosten für wissenschaftliches Personal betragen im Jahr 2016 rund 61 Millionen Euro; an Erlösen, also Drittmitteln aus verschiedenen Quellen, wurden 12 Millionen Euro eingenommen. Davon stammen circa 16 Prozent aus EU-Fördermitteln. Bei Bewilligungsquoten im einstelligen Bereich bei manchen EU-Schienen sei es jedoch fraglich, ob man den eigenen ForscherInnen noch guten Gewissens zu einer Einreichung dort raten könne, heißt es seitens der WU.

Für das Jahr 2017 werden die Ausgaben für Forschung und Entwicklung in Österreich voraussichtlich 11,3 Milliarden Euro ausmachen. Das sind 3,14 Prozent des Bruttoinlandsprodukts. Davon stammen 48 Prozent von den österreichischen Unternehmen. Ein Teil der Unternehmensforschung wird vom Bund über die Forschungsprämie (2016 waren dies 530 Millionen Euro) und die von der Forschungsförderungsgesellschaft FFG abgewickelten Programme finanziert.

### Mehr Budget als die öffentliche Hand

In den OECD-Ländern kamen im Jahr 2015 nur rund ein Fünftel der gesamten Forschungsausgaben von der öffentlichen Hand, mehr als zwei Drittel kamen von der Industrie.

Die Firma Roche zum Beispiel habe mehr Forschungsbudget als die öffentliche Hand in Österreich, sagt Klement Tockner, der seit September 2016 Präsident des Wissenschaftsfonds FWF ist.

### Dunkles Wissen

Er kritisiert, dass viel Wissen, das auf diese Weise generiert werde, nicht an die Öffentlichkeit gelange – es sei „dark knowledge“. Es komme dadurch zu einer Oligopolisierung des Wissens und dazu, dass viele Forschungsfragen gar nicht gestellt werden, weil sich keine Finanzierung dafür findet oder deren Beantwortung aus wirtschaftlichen, ideologischen oder politischen Gründen nicht erwünscht ist. „Umfangreiches Wissen ist aber einer der Grundpfeiler einer aufgeklärten Demokratie“, mahnt Tockner. Es brauche daher massive Investitionen der öffentlichen Hand in frei zugängliche Wissenschaft und Forschung. Der FWF ver gebe seine Forschungsförderungsmittel (2016 waren das 183,8 Millionen Euro) im fairen Wettbewerb rein nach internationalen Qualitätskriterien, nicht nach politischen Vorgaben oder Fachgebiet. Denn „Drittmittel sind Mittel und kein Ziel“, so Klement Tockner.

Forschungs- und Technologiebericht 2017:  
[tinyurl.com/ybp2ymmk](http://tinyurl.com/ybp2ymmk)

Schreiben Sie Ihre Meinung an die Autorin  
[sonja@bettel.at](mailto:sonja@bettel.at)  
 oder die Redaktion  
[aw@oegb.at](mailto:aw@oegb.at)

# Öffentliche Risiken, private Profite?

*Die Ökonomin Mariana Mazzucato widerlegt das klassische Argument, nur der Markt sei innovativ. Denn ohne den Staat seien viele Innovationen nicht möglich.*

## Gesellschaft für Plurale Ökonomik

Innovation ist das unübertroffene Modewort in wirtschaftspolitischen Debatten. Damit werden Forderungen nach Investitionen in Forschung und Bildung begründet. In Österreich betonte der damals neue Bundeskanzler Christian Kern die grundsätzliche Verantwortung des Staates, nicht nur Forschungsfinanzierung und Investitionsanreize bereitzustellen, sondern selbst Risiko auf sich zu nehmen und die Entwicklungsrichtung zu gestalten. Hiermit beruft er sich auf neue Erkenntnisse der US-Ökonomin Mariana Mazzucato, die diese in ihrem Buch „Das Kapital des Staates“ publizierte.

## Wachstum und Beschäftigung

Doch zunächst muss eine grundlegende Frage geklärt werden: Was ist Innovation? Aus ökonomischer Sicht geht es hier um die Realisierung einer neuartigen, fortschrittlichen Lösung für ein bestimmtes Problem, insbesondere die Einführung eines neuen Produkts. Die Entwicklung neuer Produkte soll für Wachstum und damit nachhaltige Beschäftigung sorgen, innovative Wirtschaftsräume gelten zudem als besonders wettbewerbsfähig, allen voran das US-amerikanische Silicon Valley. Aber woher kommen diese Innovationen?

Im standardökonomischen Ansatz, der heute noch in Managementseminaren, aber auch an Hochschulen gelehrt wird, sind sie das wundersame Resultat

des Zusammenspiels von Risikokapital, Konsum und Marktkräften. EntrepreneurInnen erkennen Probleme, kombinieren existierende oder entwickeln neue Technologien und bieten Lösungen oder versorgen uns mit noch nie dagewesenen Konsumgütern.

## Staatlich finanzierte Vorarbeiten

Der Privatsektor ist in dieser Sichtweise nicht nur imstande, Neuerungen hervorzubringen, sondern auch den Innovationsprozess in die richtige Richtung zu lenken. In der besonders dogmatischen Auslegung gilt der Staat sogar als ein Übel, das „gute“ Forschung verdrängt. Immerhin sind die Erträge aus staatlichen Forschungsprogrammen vernachlässigbar klein, vor allem, wenn sie mit Entwicklungen wie jenen im Silicon Valley verglichen werden.

In ihrem Buch „Das Kapital des Staates“ setzt Mariana Mazzucato diesem Ansatz die historischen Erfahrungen des 20. Jahrhunderts entgegen. Sie zeigt, dass nahezu alle großen technologischen Revolutionen ohne staatliche Investitionen erst gar nicht möglich gewesen wären. Bahnbrechende Erfindungen, etwa das Internet, GPS, Halbleiter oder der Touchscreen sind allesamt Resultat staatlich finanzierter Forschung. Die Apples und Googles dieser Welt sind Unternehmen, welche die Ergebnisse jahrzehntelanger staatlich finanzierter Grundlagenforschung zur Marktreife entwickeln konnten. Hätten öffentliche Einrichtungen und Fonds sie nicht zu ihrer Mission erklärt und investiert, wäre die IT-Revolution nicht mög-

BUCHTIPP

Mariana Mazzucato:  
**„Das Kapital des Staates“**  
 Verlag Kunstmann, 2014  
 ISBN: 978-3-95614-000-6



**Bestellung:**  
[www.besserewelt.at](http://www.besserewelt.at)

lich gewesen. Eine ähnliche Herausforderung ist der Umstieg auf erneuerbare Energien. Auch in diesem Bereich gelten Staaten mit ihren Institutionen als Innovationsführer und fördern Projekte, auf denen in Zukunft zahlreiche weitere aufgebaut werden – auch privatwirtschaftliche. So können heute Windparks entstehen, weil bereits vor Jahrzehnten staatliche Mittel in die Entwicklung entsprechender Turbinen geflossen sind und der Strommarkt speziell reguliert ist.

## Neue Ideen

„In der Biotechnologie, Nanotechnologie und beim Internet floss Wagniskapital erst 15 bis 20 Jahre, nachdem staatliche Fonds die ersten Investitionen getätigt hatten“, schreibt Mazzucato. Allgemeiner formuliert sie: „Und wirklich zeigt die Geschichte, dass diejenigen Bereiche der Risikolandschaft, die sich durch hohe Kapitalintensität und hohe technische und Marktrisiken auszeichnen, vom Privatsektor in der Regel gemieden werden. Staatliche Finanzierung in erheblichem Umfang sowie Vision und Führung des staatlichen Sektors waren erforderlich, um sie in Gang zu bringen.“



*Birgit Sauer, Professorin für Politikwissenschaft an der Universität Wien, über Männerkartelle in den Wissenschaften, über alternative Fakten und Angriffe auf die Demokratie.*

Interview: Irene Steindl | Fotos: Michael Mazohl

A close-up portrait of Birgit Sauer, a woman with short dark hair, wearing glasses and a dark patterned top with a gold necklace. She is looking directly at the camera with a slight smile.

**Birgit Sauer** ist seit 2002 Professorin für Politikwissenschaft an der Universität Wien und damit eine der Pionierinnen unter den Professorinnen in Österreich. KollegInnen bezeichnen sie als „Titanin der Gender Studies“. Politisiert und sozialisiert in der Frauenbewegung in Deutschland, forscht Birgit Sauer vor allem zu Governance und Geschlecht, Politik und Geschlechterverhältnisse sowie Politik und Emotionen. Am 6. November 2017 hat sie den Wissenschaftspreis der Margaretha-Lupac-Stiftung für ihr wissenschaftliches Gesamtwerk und ihre Arbeit in der Geschlechterforschung erhalten.

# „Ich möchte die Finger in Wunden legen“

**Arbeit&Wirtschaft: Sie haben sich vor 40 Jahren der Wissenschaft verschrieben. Wie definieren Sie Ihre Aufgabe als Wissenschaftlerin?**

Als Wissenschaftlerin habe ich den Auftrag, das Wissen, das ich aus der Forschung gewinne, wieder in die Gesellschaft hineinzutragen und damit Gesellschaften in Richtung mehr Gleichheit und Gleichberechtigung voranzutreiben. Das Wissen soll also eine gewisse gesellschaftliche Wirksamkeit entfalten. Diese Wissensverbreitung erfolgt zum Beispiel über die Lehre an der Universität. Die ist ganz wichtig, weil man ganz viel Wissen aus der eigenen Forschungsarbeit an nächste Generationen weitergibt. Ich kann Wissen aber auch über Medien vermitteln. Oder es gibt viele Organisationen und NGOs, die gleichstellungsorientiertes Wissen nachfragen. Dort kann ich beispielsweise Wissen in Form von Fortbildungen vermitteln.

**Das Bild von den Wissenschaften ist nach wie vor männlich, obwohl mittlerweile mehr Frauen ein Studium beginnen als Männer. Warum gehen den Wissenschaften in höheren Positionen die Frauen verloren?**

Naja, es ist ein langer Weg von der Studentin zur Professorin. Beim Master- oder Diplomabschluss sind die Studierenden etwa Mitte zwanzig und dann stehen schon Lebensentscheidungen im Raum: Will ich Kinder oder nicht? Will ich mich weiterqualifizieren und eine Dissertation schreiben? Und da fängt es bereits an, dass geschlechterselektive Mechanismen grei-

fen. Um überhaupt auf die Idee zu kommen, eine Dissertation zu schreiben, muss man ermutigt werden. Da zeigt die Forschung: Die Ermutigungsstruktur bevorzugt eher junge Männer, zu promovieren. Zudem gibt es wenige Stipendien in Österreich. Eine Promotion erfolgt also meistens über eine **Praedoc-Stelle** der Universitäten. Da verengt sich der Flaschenhals. Auf diesen Praedoc-Stellen sind zwar immer noch etwa 30 Prozent Frauen, das sind aber schon weniger, als Abschlüsse gemacht haben – einfach weil die Selektionsmechanismen so sind, dass Frauen nicht auf diese Stellen kommen. Um eine universitäre Position zu erreichen, auch das sagen Forschungen, braucht es ganz bestimmte informelle Netzwerke. Weil Professoren mehrheitlich männlich sind, ist es häufig so, dass diese informellen Netzwerke auch auf einer männlichen Kultur basieren.

**Das berühmte „Bier danach“?**

Genau. Ein Austausch beim Bier danach oder nach dem Kolloquium oder auf Tagungen. Diese Netzwerke sind tendenziell noch immer homosozial. Andererseits haben Frauen es viel schwerer aufgrund ihres ansozialisierten Habitus, der sie nicht gleich losschreien lässt: „Ich bin auch noch da! Ich bin auch toll!“ Männer machen das viel eher. Die sind einfach viel lauter und trauen sich mehr, sich in den Vordergrund zu stellen. Sie werden vor allem weniger negativ sanktioniert für ein solches Verhalten. Das sind feine Mechanismen, durch die Frauen ausgeschlossen werden oder einen schwereren Zugang haben.

**Wie sehen solche Ermutigungsstrukturen aus?**

Die Forschung hat gezeigt, dass zum Beispiel sehr viel über Ähnlichkeit läuft. Ein Ähnlichkeitsmerkmal ist Geschlecht, das heißt, dass männliche Professoren viel leichter Zugang finden zu jungen männlichen Wissenschaftlern. Auch die „Kameraderie“ ist in männlichen Netzwerken viel einfacher. Eine wissenschaftliche Karriere ist also auch eine Frage von Role Models. Je mehr Frauen Professorinnen sind, umso mehr trauen sich Frauen zu sagen: „Vielleicht kann ich das ja auch!“

**Es gibt doch Gesetze und eine Quotenregelung ...**

Ja, wir haben in Österreich ein Bundesgleichbehandlungsgesetz. Das Gesetz sagt: Bei gleicher Qualifikation dürfen Frauen bei Stellenbesetzungen bevorzugt werden. Durch diese Regelung ist die Anzahl von Professorinnen bereits gestiegen. Der springende Punkt ist aber: Was ist eigentlich gleiche Qualifikation? In den letzten zehn Jahren hat sich viel im Wissenschaftsbereich verändert. Es wird ganz viel auf die Quantifizierung von wissenschaftlichen Leistungen abgezielt. Das heißt: Ich veröffentliche nicht einen Artikel und der hat einen klugen Gedanken, der überall diskutiert wird und vielleicht innovativ ist. Nein, ich veröffentliche einen Artikel und der hat eine Maßzahl, den **Impact-Faktor**.

Obwohl man meinen kann, das ist ja ganz objektiv, zeigt sich: Da fallen Frauen raus, weil die Publikationskartelle männlich sind und Frauen eher rausdrängen –

nicht, weil Frauen schlechter wären, sondern weil es wieder auf die Netzwerke ankommt. Als junge Forscherin kann ich kaum allein in ein hoch geranktes Journal reinkommen, da brauche ich einen Mentor oder eine Mentorin. Da haben wiederum männliche Jungwissenschaftler eher einen Mentor.

Zieht man dies in Betracht bei Berufungsverfahren für Professuren, dann braucht es in den Berufungskommissionen Menschen mit einem „Gleichbehandlungsführerschein“, die also für geschlechterdiskriminierende Strukturen sensibilisiert sind. Man darf doch auf der Straße auch nicht einfach so rumgondeln ohne Führerschein. Warum soll man also Karrieren gefährden durch Menschen, die gar nicht für Gleichbehandlung sensibilisiert sind?

***Sie selbst sind eine Pionierin, ein Role Model in den Wissenschaften. Welches Rezept haben Sie für andere Frauen?***

Mein Rezept war immer: Netzwerke! Netzwerke von Frauen. Und das war total wichtig für meine eigene Biografie. In den Netzwerken kann man sich vieles geben, was man aus dem männlichen Umfeld eher nicht bekommt. Man kann sich selbst Ermutigung, Feedback und Zuspruch geben. Man kann sagen: „Das ist toll, was du da gemacht hast.“ Oder: „Bewirb dich da unbedingt!“ In weiterer Folge kann man über so ein Netzwerk selbst in eine Machtposition kommen, wo man entscheiden kann und Frauen fördern kann. Und in Netzwerken können auch Alternativen zum Wissenschaftsbetrieb entwickelt werden.

***Macht ist ein wichtiges Stichwort. In populistischen Regierungen, in den USA aber auch in Europa, werden wissenschaftliche Erkenntnisse zunehmend als alternative Fakten verleumdet. Wie mächtig sind solche Angriffe auf die Wissenschaft?***

Ich sehe durchaus, dass die Sozialwissenschaften potenziell bedroht sein können. Sozialwissenschaften sind eher „weiche“ Wissenschaften – sie arbeiten also ganz viel qualitativ –, und die sind in Zeiten von Quantifizierung und Vermessung stärker von finanziellen Streichungen be-

troffen. Allerdings trifft es derzeit auch „harte“ Naturwissenschaften, wenn PolitikerInnen den Klimawandel leugnen und die Daten dazu als manipuliert darstellen.

Aber ich glaube, alle Wissenschaften, die sich mit sozial- und gesellschaftspolitischen Themen beschäftigen, sind gefährdet. Denn sie generieren Wissen, um zu verändern, was sie für problematisch halten – sei dies Erderwärmung oder Klimawandel oder steigende Ungleichheit zwischen Arm und Reich oder zwischen Frauen und Männern. Sobald Wissenschaft den Anspruch hat, gesellschaftsveränderndes Wissen zu Verfügung zu stellen, kommt die Keule: „Das ist alles nur Fake. Das sind ja alles nur alternative Fakten, das müssen wir nicht glauben. Und wir müssen nichts ändern.“

***Wie steht die neue Regierung zur Wissenschaft? Weht jetzt ein anderer Wind?***

Ich will es nicht hoffen, ich befürchte es aber leider. Man hat es ja teilweise schon in den Wahlprogrammen mitbekommen: Worüber gesprochen wurde, waren eher naturwissenschaftliche Initiativen oder technologische Entwicklungen. Angesichts einer weiteren Knappheit von finanziellen Mitteln für Forschung und für Universitäten ist zu befürchten, dass Gelder tatsächlich umgeleitet werden und für die Sozialwissenschaften möglicherweise weniger Geld zur Verfügung stehen wird.

***Was bedeutet es für eine Gesellschaft und eine Demokratie, wenn ich bestimmten Studienfächern Geld abziehe, nur weil sie nicht dem Geschmack der Regierung entsprechen?***

Eine lebendige Demokratie kann nur existieren, wenn sie immer wieder Möglichkeiten zur eigenen Reflexion zur Verfügung stellt, also immer wieder auch darüber nachdenkt: Wie sind jetzt die Verfahren in der Demokratie? Funktionieren sie so, wie sie funktionieren sollen? Um ein Beispiel zu geben: In Österreich gibt es immer wieder die Debatte um ein Mehrheitswahlrecht anstelle des Verhältniswahlrechts. Dazu habe ich schon vor langer Zeit auch mit anderen Feministinnen gesagt: Das ist ein Problem, denn das

Mehrheitswahlrecht fördert Männer in der Politik. Es hat eine Weile gedauert, bis Juristen, die sich damit beschäftigten, gesagt haben: Das leuchtet uns ein. Jetzt suchen wir eben nach Mehrheitswahlmöglichkeiten, die strukturelle Minderheiten, wie es Frauen sind, nicht von vornherein benachteiligen. Das ist nur ein Beispiel, aber es zeigt, dass wir Institutionen oder Normen wie das Wahlrecht immer wieder reflektieren müssen und dass dadurch zum Beispiel Wahlsysteme gendergerechter und frauengerechter konturiert werden können. Dazu braucht es Wissenschaft.

Ein weiteres Beispiel sind Fragen von Migration und Integration. Das ist ein schwieriges Feld, für dessen Erforschung viel mehr Gelder nötig wären. Wenn es zu wenige Forschungsgelder gibt – und das ist leider zu befürchten –, dann wissen wir über ganz viele Bereiche der Migration nicht Bescheid und produzieren Ausschluss. Eine Demokratie kann so nicht wirklich gut funktionieren.

***Wie objektiv ist die Wissenschaft tatsächlich?***

Es gibt sowohl für quantitative als auch für qualitative Forschung ein riesiges Methodeninstrumentarium – Standards, um mögliche Verzerrungen im Forschungsprozess zu reflektieren. Es gibt also ganz viele objektivierende methodische Maßnahmen. Darauf basiert auch die Forschung in Österreich. Zudem ist eine große Zahl der wissenschaftlichen Publikationen **peer-reviewed**, also qualitätsgesichert. Da den Vorwurf zu machen, das sei alles nur subjektive Meinung, ist wirklich nur politische Mobilisierung mit dem Ziel, Wissenschaft zu diskreditieren. Es entbehrt aber jeglicher Grundlage. Dennoch: DIE Objektivität gibt es nicht. DIE Wahrheit kann es nicht geben. Aber Wissenschaftlichkeit heißt Nachvollziehbarkeit von Ergebnissen.

***Das sagt ja auch die kritische Wissenschaft. Was bedeutet kritische Wissenschaft für Sie?***

Kritische Wissenschaft verstehe ich wirklich im Sinne der kritischen Theorie der **Frankfurter Schule**: eine Wissenschaft, die ihre eigenen Grundlagen immer wieder



„Für die Politikwissenschaft ist der Trend hin zu rechten und autoritären Parteien eine zukünftige Herausforderung. Da muss noch viel mehr Ursachenforschung betrieben werden.“

infrage stellt und reflektiert. Ich kann nicht davon ausgehen, dass die Instrumente, mit denen ich eine empirische Realität zu erfassen versuche, zu hundert Prozent objektiv sind. Ich muss die Instrumente und Ergebnisse daher immer wieder infrage stellen, auch immer wieder korrigieren. Die Instrumentarien sind auch deshalb nicht objektiv, weil kritische Wissenschaft immer in gesellschaftliche Verhältnisse eingreift. Kritische Wissenschaft ist auch eine Wissenschaft, die sagt: Ich will mit meinem Wissen Gesellschaft und Politik verändern in Richtung mehr Gleichheit.

***Worin liegen die größten Herausforderungen für die Wissenschaft in den nächsten Jahren?***

Für die Politikwissenschaft würde ich schon sagen, dass der Trend hin zu rechten und autoritären Parteien eine sehr große Herausforderung ist. Da muss

noch viel mehr Ursachenforschung betrieben werden. Ich unterstelle WählerInnen rechter Parteien nicht automatisch, Nazis oder Rassisten zu sein. Aber zu sagen: „Naja, das ist jetzt mal eine Protestwahl. Warten wir ab bis zur nächsten Wahl“, hilft uns nicht weiter. Weil ich schon denke, dass sich mit dem neoliberalen Umbau der letzten 20 bis 30 Jahre, der ja in Osteuropa ganz brutal gekommen ist, gesellschaftliche und politische Verhältnisse dramatisch geändert haben. Dies hat die Menschen verunsichert und Ängste provoziert, was den eigenen Wohlstand oder den Wohlstand der Kinder angeht. Rechte Akteure schlagen vor, diesen Ängsten mit nationaler Abschottung zu begegnen. Wir sind aber im Zeitalter der Globalisierung. Da ist es unmöglich, Grenzen zu schließen. Wer nationale Lösungen vorschlägt, macht also den Bürgern und Bürgerinnen etwas vor. Man muss demgegenüber ganz andere Politikformen entwickeln. Der

Klimawandel beispielsweise hält sich so wieso nicht an Nationalstaatsgrenzen. Aber das Bewusstsein über notwendige Maßnahmen gegen Klimaveränderungen ist nicht sehr hoch, obwohl wir das doch jetzt schon mit den Stürmen und mit den Überschwemmungen merken, aber das wird irgendwie verdrängt. Da wäre es interessant herauszufinden, woran das liegt und welche Strategien man entwickeln kann, damit Leute sehen: Da muss was gemacht werden! Und die Initiativen, die es gibt, müssen auch durchsetzbar sein. Wir haben ja bereits Politiken gegen den Klimawandel, nur geschieht da nichts. Weil Leute wie Herr Trump sagen: „Das ist ja völliger Quatsch. Alles nur alternative Fakten.“

***Im November haben Sie den österreichischen Wissenschaftspreis für Parlamentarismus und Demokratie für Ihr wissenschaftliches Gesamtwerk verliehen bekommen. Auf welche Errungenschaften sind Sie stolz? Was möchten Sie noch erreichen in Ihrer Wissenschaftskarriere?***

Klarerweise freue ich mich über diese ganz individuelle Auszeichnung. Aber worauf ich wirklich stolz bin, ist, dass ich ein Netzwerk von ForscherInnen etablieren und fördern konnte – ein Netzwerk in Österreich, in Deutschland, ein internationales Netzwerk. Das hat einiges an Energie gekostet, aber das war auch wirklich lustvoll. Dieses Netzwerk ist das, was mir am meisten Spaß gemacht hat und wo ich sagen kann: Da habe ich einen wichtigen Beitrag geleistet. Zukünftig will ich weiterhin gute und kritische Studierende fördern, solange ich an der Universität bin. Und ich möchte weiterhin den Finger in Wunden legen, wo ich denke, da ist etwas gesellschaftlich und politisch nicht in Ordnung. Das sind zum Beispiel Prozesse der Entdemokratisierung und der Autoritarisierung sowie steigender Ungleichheit. Da möchte ich Wissen zur Verfügung stellen, damit es die Möglichkeit gibt, dies zu verändern.

---

Schreiben Sie Ihre Meinung an die Autorin  
[steindlirene@gmail.com](mailto:steindlirene@gmail.com)  
 oder die Redaktion  
[aw@oegb.at](mailto:aw@oegb.at)

# Forschungsstandort Österreich

*Österreichs forschende Unternehmen werden gut bedient. Macht die öffentliche Hand auch das Richtige?*

Miron Passweg

Abteilung Wirtschaftspolitik der AK Wien

Österreichs Wirtschaft kann im Wettbewerb nur mit Qualität, technologischem Vorsprung und hoher Wertschöpfung bestehen. Die Alternative wäre ein Wettbewerb über den Preis allein – dieser aber erzeugt Lohndruck und wirkt sich mittelfristig nachteilig auf die Wettbewerbsfähigkeit aus.

Innovation, Forschung und Entwicklung sind daher wichtige Schlüssel für die Schaffung und Erhaltung von Arbeitsplätzen, wie eine im Auftrag der AK durchgeführte Studie des Österreichischen Instituts für Wirtschaftsforschung (WIFO) nachweist. Das heißt aber auch, dass in den Bereich der Qualifikation, der Aus- und Weiterbildung investiert werden muss, insbesondere im Zusammenhang mit der fortschreitenden Digitalisierung. Eine gute Forschungspolitik hat eine entsprechend zielorientierte Bildungspolitik als Voraussetzung.

## Zweithöchste Forschungsquote

Bei Forschung und Entwicklung (F&E) hat Österreich in den letzten 25 Jahren stark aufgeholt, inzwischen hat es die zweithöchste Forschungsquote in der EU erreicht. Trotzdem zählt Österreich nicht zu den führenden Innovationsländern in der EU, neben anderen Faktoren auch wegen der eher durchschnittlichen AkademikerInnenquote. Österreichs Ausgaben für Forschung und

Entwicklung haben sich seit Beginn der 1990er-Jahre mehr als verdoppelt, sie lagen 2015 bei 3,12 Prozent gemessen am BIP (die sogenannte F&E-Quote). Der Durchschnitt der EU-28 beträgt 1,96 Prozent, in der OECD sind es 2,38 Prozent.

## Ziel nicht mehr erreichbar

Selbst die jüngste Finanz- und Wirtschaftskrise führte nur zu einem kurzfristigen leichten Rückgang. Damit hat Österreich das traditionelle Vorzeigeland Finnland weit überholt. Dessen F&E-Quote sinkt übrigens von Jahr zu Jahr (2010 lag sie noch bei 3,64 Prozent, 2015 waren es nur mehr 2,9 Prozent).

Österreich hat somit die zweithöchste F&E-Quote in der EU hinter Schweden mit 3,28 Prozent. OECDweit liegt Österreich an sechster Stelle und zählt auch zu den Spitzenländern, was die Förderung von F&E im Unternehmenssektor betrifft.

Was die Finanzierung von Unternehmensausgaben für F&E durch die öffentliche Hand angeht, wird Österreich mit 12 Prozent innerhalb der EU nur von Ungarn und Rumänien übertroffen. Der Wert ist etwa doppelt so hoch wie der EU-Durchschnitt und bis zu siebenmal so hoch wie jener der im EU-Innovationsranking 2017 ausgewiesenen „Innovation Leaders“ Schweden, Dänemark, Finnland, Niederlande, Vereinigtes Königreich und Deutschland. Österreich zählt damit zur Gruppe der „Strong Innovators“.

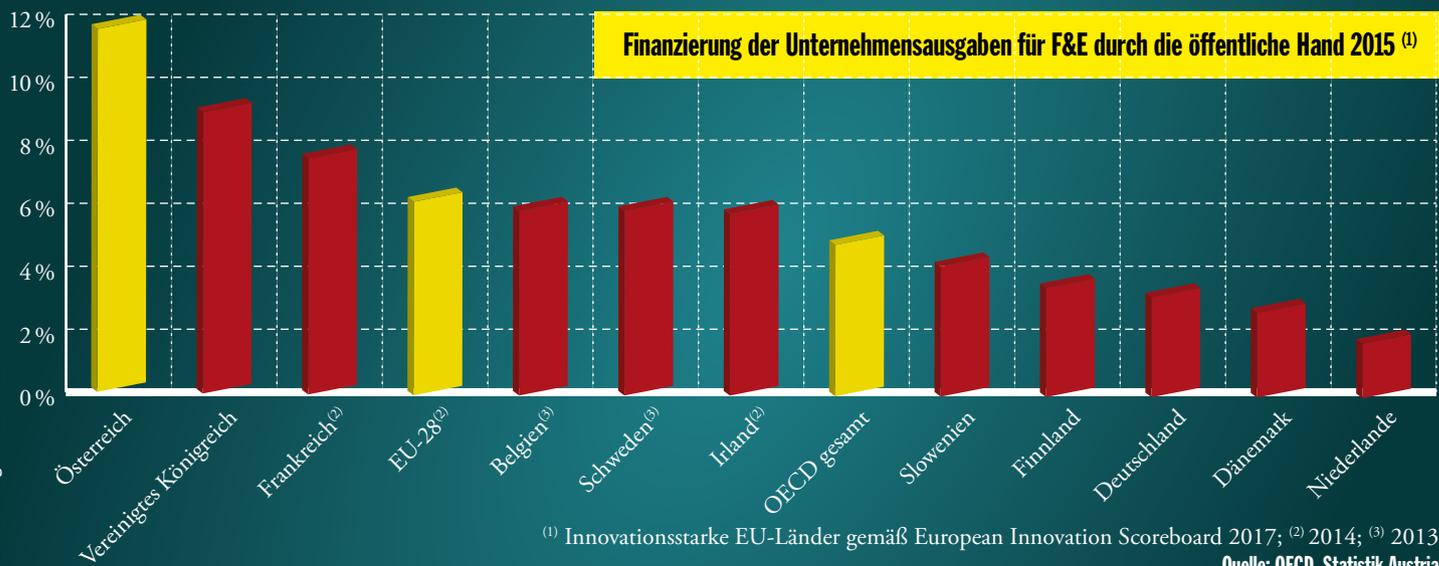
Die Forschungsquote 2017 liegt in Österreich bei 3,14 Prozent. Die Bun-

desregierung hat jedoch bereits 2011 in ihrer Forschungsstrategie festgelegt, dass sie diese deutlich erhöhen möchte: Das Ziel wurde mit 3,76 Prozent für 2020 festgelegt. Aufgrund der Budgetziele und der bis vor Kurzem noch eher verhaltenen Konjunktur scheint dieses äußerst ehrgeizige und eher willkürlich festgelegte Ziel nicht mehr erreichbar. Hinzu kommt noch ein strukturelles Problem bei den F&E-Ausgaben: Der Anteil der Finanzierung der gesamte F&E-Ausgaben Österreichs durch die öffentliche Hand ist mit 36 Prozent immer noch zu hoch, der Beitrag der heimischen Wirtschaft liegt nur bei mageren 48 Prozent.

## Weitere Investitionen nötig

Die europäischen Zielvorgaben und die österreichische Forschungsstrategie sehen vor, dass maximal ein Drittel der Förderungen von der öffentlichen Hand finanziert wird, mindestens zwei Drittel sollen von den Unternehmen selbst kommen. Selbst wenn man den – international gesehen – sehr hohen Finanzierungsanteil durch Unternehmen aus dem Ausland hinzuzählt, werden kaum 64 Prozent erreicht. Möchte man am Ziel der Bundesregierung, die F&E-Quote maßgeblich zu steigern, festhalten, sind noch weitere Investitionen in den Bereich Forschung, Technologie, Innovation (FTI) notwendig – insbesondere seitens der Wirtschaft, aber auch seitens der öffentlichen Hand.

Die steuerliche (indirekte) Forschungsförderung, heute in Form einer Prämienauszahlung, hat die direkte



weit überholt. In den letzten 15 Jahren wurde die Forschungsprämie schrittweise von 3 Prozent auf 12 Prozent angehoben und damit massiv ausgebaut, ohne dass jemals eine eingehende Evaluierung der Auswirkungen auf Unternehmensebene durchgeführt wurde.

### Fehlende Qualitätskontrolle

Dabei wird die Kritik immer lauter, dass diese Förderung nach dem Gießkannenprinzip mit höheren **Mitnahmeeffekten** einhergehe. Zudem fehle im Vergleich zur direkten Forschungsförderung erstens die Qualitätskontrolle und zweitens sei der durch die Förderungen erzielte Zuwachs an Forschungsleistungen im Unternehmen deutlich geringer.

Daten der Statistik Austria belegen, dass die F&E-Ausgaben im Unternehmenssektor in Österreich auf relativ wenige (große) Unternehmen konzentriert sind und daher ein geringer Teil der heimischen Unternehmen von der steuerlichen Forschungsförderung in einem überproportionalen Ausmaß profitiert: Auf die forschungsstärksten 40 Unternehmen entfallen 50 Prozent der F&E-Ausgaben.

Gemäß Schätzung der Statistik Austria wird die Prämienauszahlung 2017 bereits 628 Millionen Euro betragen. Die 2017 erstmalig durchgeführte Evaluierung wurde auch gleich zum Anlass genommen, die Forschungsprämie auf 14 Prozent (für Wirtschaftsjahre ab 2018) zu erhöhen, obwohl die Evaluierungsstudie aufgrund unzureichender Verfügbarkeit von Daten nur ein-

geschränkt aussagekräftig ist (wie im Übrigen von den AutorInnen selbst angemerkt wird). Des Weiteren fehlt der Konnex zur direkten Forschungsförderung. Dies würde jedenfalls ab 2019 zu entsprechend stark erhöhten Prämien führen.

Eine Neuorientierung in der Förderungspolitik ist dringend notwendig. Die öffentliche Hand darf sich – im Sinne der Ökonomin **Mariana Mazzucato** – nicht auf das Setzen von Rahmenbedingungen und den Ausgleich von Marktversagen durch direkte und indirekte Förderungen beschränken. Sie muss langfristig vielmehr auf Nachhaltigkeit bedacht sein, strategisch planen und dabei auch eigenständige Impulse durch Investitionen in F&E und F&E-Infrastruktur setzen.

Das gilt insbesondere dort, wo gesellschaftliche Herausforderungen zu lösen sind (z. B. Umwelt, Klima, Gesundheit, Alter) und/oder vielversprechende industriepolitische Ansätze vorhanden sind und privates Kapital (vorerst) aufgrund des hohen Risikos oder mangels ausreichender Rendite ausbleibt.

### Umfassende Analyse zu empfehlen

Betreffend Forschungsprämie wäre eine ausführliche und umfassende Wirkungsanalyse des gesamten Fördersystems Österreichs, insbesondere im Hinblick auf eine bessere Abstimmung zwischen direkter und steuerlicher Forschungsförderung, zu empfehlen. Zu prüfen wäre auch eine Differenzierung der Förderungsprozentsätze nach Unternehmens-

größe sowie die Einführung einer betragsmäßigen Obergrenze pro Unternehmen. Jedenfalls sollte die Überprüfung des Anspruchs auf eine Forschungsprämie durch die Forschungsförderungsgesellschaft FFG nicht nur für die eigenbetriebliche Forschung, sondern auch für die Auftragsforschung erfolgen.

### Betriebsräte einbeziehen

Förderungsprogramme, die ArbeitnehmerInnen unmittelbar betreffen, wie Digitalisierung, Industrie 4.0 oder Nanotechnologie, sind unter Einbindung der ArbeitnehmerInnenorganisationen zu entwickeln. Auf Unternehmensebene sind die jeweiligen Betriebsratskörperschaften in die konkrete Umsetzung einzubeziehen.

European Innovation Scoreboard 2017,  
European Commission 2017:  
[tinyurl.com/yb32hahb](https://tinyurl.com/yb32hahb)

Miron Passweg, Unternehmensförderungen:  
Forschungsprämie Reloaded, Wirtschaftspolitik  
– Standpunkte 26/2017, AK Wien:  
[tinyurl.com/yc4d6uzk](https://tinyurl.com/yc4d6uzk)

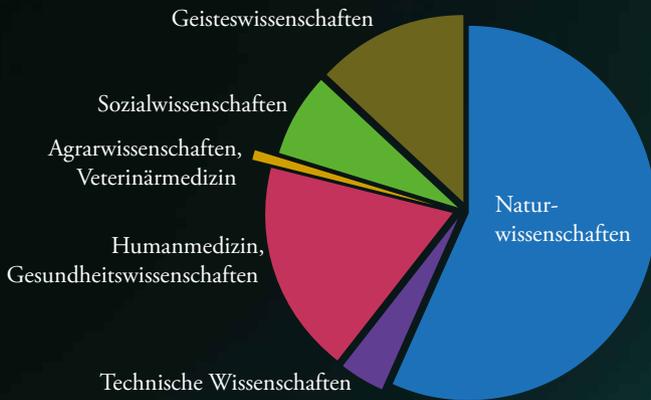
Main Science and Technology Indicators –  
Volume 2017/1, OECD 2017:  
[www.oecd.org/sti/msti.htm](http://www.oecd.org/sti/msti.htm)

Martin Falk, Innovation und Beschäftigung,  
WIFO, Juli 2013:  
[tinyurl.com/ybomt5sg](https://tinyurl.com/ybomt5sg)

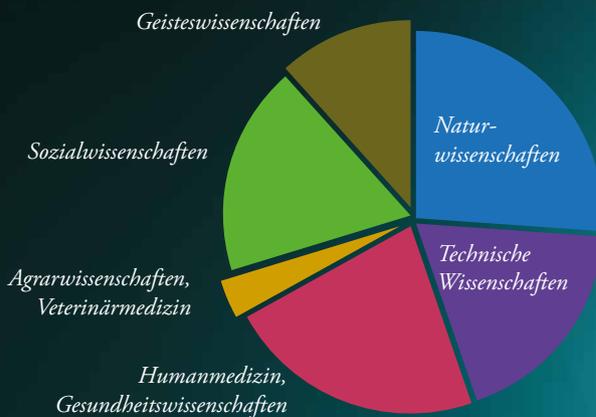
Schreiben Sie Ihre Meinung an den Autor  
[miron.passweg@akwien.at](mailto:miron.passweg@akwien.at)  
oder die Redaktion  
[aw@oegb.at](mailto:aw@oegb.at)

# Zahlen Daten Fakten

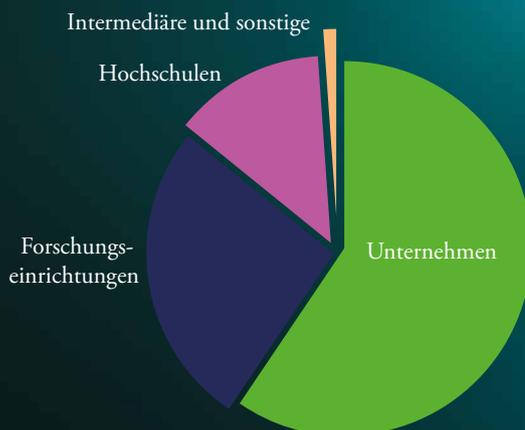
**FWF** Bewilligte Förderungen nach  
wissenschaftlichen Disziplinen (2014): 211,3 Mio. Euro



**Beschäftigte** an Universitäten (2015): 47.562

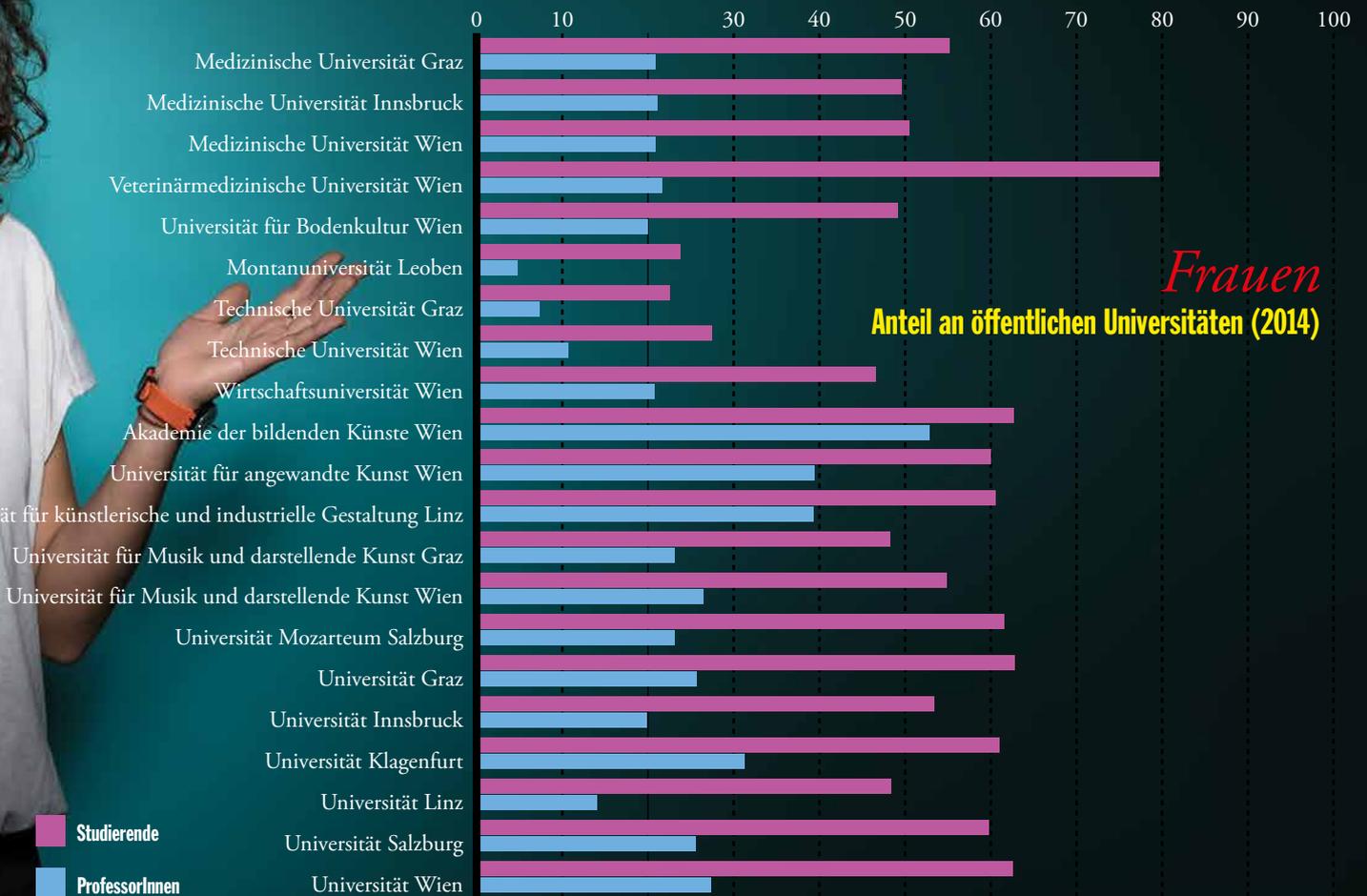
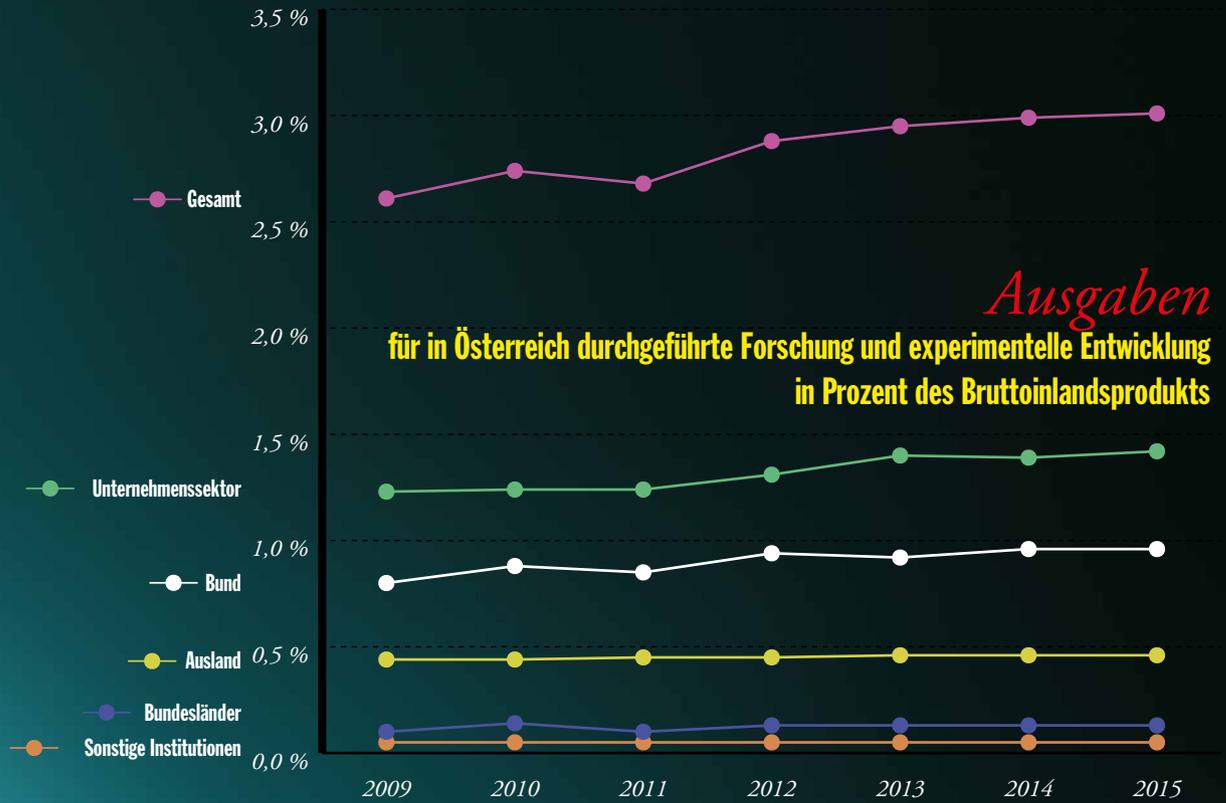


**FFG** Bewilligte Förderungen nach  
Organisationstyp (2014): 617,04 Mio. Euro



Quellen: Statistik Austria,  
BMWF, Eurostat





# Drinnen im Grünen

*WissenschaftlerInnen, die im Elfenbeinturm sitzen, sind ein verbreitetes Vorurteil. Dabei forschen viele an Themen, die für die Gesellschaft und die Zukunft entscheidend wären. Wir haben drei von ihnen besucht.*

Text: Alexandra Rotter | Fotos: Michael Mazohl

Die TU-Professorin Azra Korjenic und ein Team aus weiteren WissenschaftlerInnen erforscht an einem Gymnasium in Wien, wie sich Pflanzen an Innen- und Außenwänden auf CO<sub>2</sub>-Werte, Temperatur, Klima, Wärmestrom oder Schimmelbildung auswirken.



**B**eim Betreten der Klasse 3C tritt sofort auffallend feuchte Luft in die Nase. Der Grund dafür wird nach wenigen Schritten im Raum sichtbar: Die ganze Wand links vom Eingang und gegenüber den Fenstern ist mit Pflanzen übersät. Diese grüne Wand ist das Werk von Azra Korjenic, Professorin für Bauphysik und Schallschutz an der Technischen Universität (TU) Wien. Sie betreibt hier am GRG 7, einem Gymnasium im siebten Bezirk Wiens mit Schwerpunkt auf Biologie und Ökologie, ein Forschungsprojekt. Die Frage, an der die WissenschaftlerInnen interessiert sind, ließe sich so zusammenfassen: Was verändert sich durch die Begrünung von Wand- und Dachflächen?

Sowohl im Innenraum, wie etwa hier in der 3C oder auch im Biologiezimmer, als auch außen an der Schule wurden im Jahr 2015 verschiedene Begrünungssysteme angebracht. Sensoren messen laufend Werte wie den CO<sub>2</sub>-Gehalt, die Temperatur oder den Wärmestrom. Zudem kommen regelmäßig ForscherInnen der TU persönlich vorbei, um bestimmte Werte zu überprüfen. Korjenic und ihre MitarbeiterInnen wollen wissen: Wie verändern die Pflanzen das Klima in den Klassen? Wie die Luftfeuchtigkeit? Wie die Temperatur? Wie die CO<sub>2</sub>-Konzentration? Wie die Staubentwicklung? Und wie die Akustik? Ob man eventuell mit einer Schimmelpilzbildung an den Wänden rechnen muss? Verliert eine Außenwand, die begrünt ist, im Winter weniger Wärme? Hat sie im Sommer einen kühlenden Effekt? All das und einiges mehr wird hier untersucht. Dazu wollen die ForscherInnen herausfinden, welche Art von Begrünung sich am positivsten auf Klima und Bauphysik auswirkt, welche Pflanzen sich bewähren und wo die konkreten Unterschiede zwischen verschiedenen Systemen von Fassadenbegrünung liegen.

### Glücksfall Schulprojekt

Diese „GrünPlusSchule“ ist eines von vielen wichtigen und zukunftsweisenden Forschungsprojekten in Österreich. Für die Schule war es ein Glücksfall, dass die TU-Professorin Korjenic und ihr Team das Projekt hier durchführen wollten. Die Schule profitiert nicht nur davon, dass

sich die SchülerInnen in den grünen Klassen nach eigenen Angaben wohler fühlen und sich besser konzentrieren können. Manche SchülerInnen schreiben zudem ihre vorwissenschaftlichen Arbeiten (VWA) über das Projekt und verwenden dafür die gesammelten Daten.

Ein weiterer Pluspunkt ist, dass auch eine Photovoltaikanlage zum Projekt gehört, welche Strom an die Schule liefert. Die Anlage wurde horizontal am Flachdach eines zweistöckigen Gebäudeteils der Schule sowie vertikal an einer angrenzenden Mauer angebracht. Das Besondere daran: Hier wird ein neues Kombisystem aus Photovoltaik und Begrünung getestet, das Korjenic entwickelt und mit einer Dissertantin zusammen zum Patent angemeldet hat. Die Daten über die gewonnene Energie scheinen in Echtzeit auf Monitoren im Eingangsbereich der Schule und im Physikraum auf. „Die SchülerInnen sehen hier schwarz auf weiß, wie viel Strom das System bei Sonnenschein und wie viel es an einem bewölkten Tag generiert“, erzählt Korjenic. „Außerdem zeigen die Monitore laufend an, wie viel Kohlendioxid bereits durch die Anlage eingespart wurde.“

Das Projekt steht gewissermaßen stellvertretend für einen Trend der letzten Jahre in der Forschungslandschaft, besonders was die Finanzierung angeht. Es ist nämlich teilweise mit Drittmitteln finanziert. Der Hauptteil des Kuchens, 60 Prozent, kommt von der Forschungsförderungsgesellschaft (FFG) bzw. vom Bundesministerium für Verkehr, Innovation und Technologie. Korjenic, die seit 17 Jahren als Wissenschaftlerin tätig ist, weist darauf hin, dass die Förderquote seither stark gesunken ist. Sie kennt noch Zeiten, wo rund 80 Prozent üblich waren, während die Tendenz heute Richtung 60 Prozent geht: „Wir sollen am Ende zeigen, dass wir 100 Prozent gemacht haben, aber bekommen nur 60 Prozent der Finanzierungskosten.“ Den Rest müssen Korjenic und ihre Kollegenschaft selbst aufstellen – so auch hier an der Schule.

### Unzählige Stunden Forschungsarbeit

Im konkreten Fall ist die Finanzierung gelungen, weil die Bundesimmobiliengesellschaft (BIG) die restlichen 40 Prozent



**Für viele ForscherInnen, so auch für Azra Korjenic, gehört das Werben um externe Geldmittel zum Alltag. Leider findet sich für einige wichtige und zukunftsweisende Forschungsprojekte keine ausreichende Finanzierung.**

te zu realisieren, macht den Arbeitsalltag Korjenics und ihrer KollegInnen aus der Wissenschaft zunehmend herausfordernder. Die Forscherin bedauert besonders, dass Kooperationen mit kleinen und mittelgroßen Betrieben nur noch selten möglich seien, obwohl es hier besonders spannende Fragestellungen gäbe: „Die Kleinen können sich eine finanzielle Beteiligung meist nicht leisten. Aber immerhin stellen sie viele Materialien zur Verfügung und beteiligen sich so an kleineren Projekten.“ Dennoch bleiben viele gute Projektideen in den Köpfen der ForscherInnen und gelangen nicht zur Umsetzung.

Auch Marion Huber-Humer beschäftigt sich mit einem für die Zukunft höchst relevanten Thema, in das wohl kaum zu viele Forschungsgelder fließen können. Huber-Humer leitet das Institut für Abfallwirtschaft an der BOKU in Wien. Dieses hat gerade in Zeiten der Konsumgesellschaft und des global wachsenden Wohlstands eine wichtige Aufgabe. Die Frage, was mit all den Produkten – etwa Verpackungen, Kleidung, Chemikalien und Elektronikgeräten – passiert, wenn wir sie nicht mehr verwenden können oder wollen, ist essenziell.

### Biologisch abbaubar

Huber-Humer führt durch das Labor des Institutsgebäudes im 19. Bezirk Wiens. In einem Raum ist eine Menge hoher, mit Flüssigkeit gefüllter Röhren angeordnet, die über Gefäßen stehen. Hier untersuchen die WissenschaftlerInnen verschiedene Abfälle in Hinblick darauf, welche und wie viel Gase sie freisetzen – eine wichtige Frage für Mülldeponien. Einblick in ein anderes Forschungsprojekt des Instituts bietet sich in der kleinen Klimakammer, in der es fast so heiß ist wie in einer Sauna. Dort wird der Zersetzungsprozess von Kaffeekapseln untersucht, die laut Hersteller biologisch abbaubar sind. Die ForscherInnen untersuchen, ob das wirklich der Fall ist bzw. welche biochemischen Prozesse genau vonstatten gehen.

Weitere Forschungsbereiche befassen sich etwa mit Abfallvermeidung, Recycling und Re-Use. Ein Schwerpunkt des BOKU-Instituts, an dem insgesamt

des insgesamt rund 650.000 Euro teuren Projekts stark unterstützt hat. Die tatsächlichen Projektkosten liegen laut Korjenic noch wesentlich höher, weil unzählige Arbeitsstunden von ihr selbst und ihren MitarbeiterInnen hineinfließen, die hier nicht eingerechnet werden. So schreiben etwa vier KollegInnen Diplomarbeiten zum Thema, zwei weitere KollegInnen arbeiten an Dissertationen. Eine davon stellt die Frage, wie Begrünungssysteme in den Energieausweis integriert werden können, eine andere befasst sich mit der Kombination von Photovoltaik und Begrünung. Auch an der Universität für Bodenkultur (BOKU), die hier als Projektpartner agiert, laufen einige studentische Arbeiten dazu.

Für die BIG, der das Schulgebäude gehört, könnten die Daten aus dem Projekt nützlich sein – schließlich könnte dieses Modell auch auf andere Schulen und öffentliche Gebäude angewandt werden. Ein Folgeprojekt namens

„GRÜNEZUKUNFTSCHULEN“, das mit Mitteln des Klima- und Energiefonds gefördert wird, ist bereits genehmigt. Auch daran wird sich die BIG beteiligen. Dafür sammeln die ForscherInnen an zwei weiteren Schulen ähnliche Daten. Laut Korjenic ist das sehr wichtig, um Vergleiche zu ziehen. Am Gymnasium Schuhmeierplatz wird sogar eine Freiraumklasse entstehen, wo der Unterricht unter einer begrünten Pergola stattfinden wird. Diese Schule in Ottakring ist ebenso wie die zweite beteiligte Schule, das Diefenbach-Gymnasium, ein Neubau. Hier interessiert die ForscherInnen wiederum die unterschiedliche Wirkung im Vergleich zum Altbau des GRG 7.

### Projektideen im Kopf

Die Tatsache, dass sie immer größere Summen von externen Geldgebern einsammeln müssen, um Forschungsprojek-

*„Wir sollen am Ende zeigen, dass wir 100 Prozent gemacht haben, aber bekommen nur 60 Prozent der Finanzierungskosten gefördert.“*

**Azra Korjenic**

rund 30 MitarbeiterInnen tätig sind, liegt auf Lebensmittelabfällen. Zudem beschäftigt sich ein besonders junger Forschungszweig mit Nano-Müll: Immer mehr Unternehmen setzen ihren Produkten (etwa Zahnpasta, Duschgel oder Reinigungsmitteln) Nanopartikel zu, aber auch auf Schuhen und Jacken werden Nanoschichten aufgetragen. Die winzigen Teilchen könnten ein Problem darstellen. Sie sind zu klein, um von gängigen Filteranlagen aufgehalten zu werden, und könnten unkontrolliert in Böden oder Gewässer und womöglich sogar wieder ins Trinkwasser gelangen.

### Mehr als eine Nasenlänge voraus

Nicht nur dieses Beispiel zeigt, wie schwierig die Aufgabe der Abfallwirtschaft-ForscherInnen ist. Huber-Humer: „Wir müssen der Wirtschaft um mehr als eine Nasenlänge voraus sein.“ Konkret heißt das, die ForscherInnen müssen genau verfolgen, welche neuen Produkte die Wirtschaft gerade entwickelt, und sich bestenfalls schon vorab überlegen, was das für die Abfallwirtschaft bedeuten wird. Oft würden keine Gelder bereitgestellt, wenn eine Problematik noch nicht deutlich sichtbar sei. Wenn ein Thema zum „Hotspot“ werde, sei Geld da. Ein Beispiel aus der Vergangenheit: Vor rund zehn Jahren wusste die Forschung endlich, wie Röhrenbildschirme verwertet werden können – und plötzlich kamen Plasmaschirme auf den Markt, deren Recycling wieder von Neuem erforscht werden musste.

In diesem Forschungszweig kommt ein großer Anteil der Finanzierung von nationalen und internationalen Forschungsförderschienen, von Unternehmen sowie Kommunen – der Anteil der Drittmittel für Forschungsprojekte ist sehr hoch. So werden laut Huber-Humer rund 70 Prozent des Institutspersonals durch externe Gelder finanziert. Hier stellt sich aber oft das Problem, dass die Aufgabenstellung sehr fokussiert ist. Die ForscherInnen haben dadurch kaum noch Spielraum, die Projekte etwas größer zu fassen und auch Forschungsfragen zu integrieren, die eine breitere gesellschaftliche Relevanz haben bzw. für weitere Themen und Projekte nützlich sein könnten. Positiv



Laut Marion Huber-Humer, Leiterin des Instituts für Abfallwirtschaft an der Uni für Bodenkultur, werden rund 70 Prozent des Institutspersonals durch externe Gelder finanziert. Leider ist die Aufgabenstellung dieser Projekte meist so fokussiert, dass wichtige Grundlagenforschung hintangestellt werden muss.





**Andreas Müllers Forschungsgebiet ist eines der Zukunftsthemen schlechthin. Der Vorstand des Robotik-Instituts an der Johannes Kepler Uni in Linz und seine MitarbeiterInnen arbeiten an vielen Forschungsprojekten für die Industrie. Für sie gäbe es weit mehr zu tun, als sie bewältigen können.**



ist, dass die EU, besonders im Zusammenhang mit dem Forschungsprogramm **Horizon 2020**, einen Fokus auf das Thema gesetzt hat und hier Forschungsprojekte finanziert werden. Das Team arbeitet auch viel international, etwa in der Ukraine, in Weißrussland, in China, Südamerika und Afrika. Die Kehrseite: Der Aufwand, Anträge zu schreiben, ist hoch – und einen Gutteil dieser Arbeit erledigen die WissenschaftlerInnen in ihrer Freizeit.

### **Forschung als Add-on**

Die Unsicherheit, welche Projekte gefördert werden, schafft organisatorische Herausforderungen. „Wenn Sie Glück haben, bekommen Sie von fünf eingereichten Projekten eines oder drei finanziert. Wenn Sie Pech haben, bekommen Sie

alle fünf“, beschreibt Huber-Humer die Herausforderungen. Das klingt im ersten Moment paradox. Doch die Projekte haben eine Vorlaufzeit von rund eineinhalb Jahren von der Einreichung bis zur Zu- oder Absage. Wenn auf einmal sehr viel Arbeit ansteht, fehlt es meist am Personal, denn MitarbeiterInnen, die nicht wissen, wie es weitergeht, suchen oft einen Job in der Wirtschaft. Manche überbrücken die ungewissen Phasen auch mit Arbeitslosenzeiten, aber das ist nicht immer möglich. Dazu kommt das Problem der Kettenverträge, die nur bis zu sechs und in gewissen Fällen bis zu acht Jahre erlaubt sind. Danach können die befristete-

ten, projektfinanzierten MitarbeiterInnen meist nicht mehr am Institut bleiben. „Wir verlieren sehr gute und ambitionierte Leute mit einer hohen Expertise, weil

wir ihnen keine längerfristigen Perspektiven bieten können“, sagt Huber-Humer. Das Verhältnis zwischen Forschung und Administration habe schon ein starkes Ungleichgewicht angenommen: „Manchmal habe ich den Eindruck, am

wichtigsten ist das finanzielle Controlling in der Endphase – und unsere technischen Forschungsberichte sind nur noch Add-ons.“

Auch Andreas Müller, Vorstand des Robotik-Instituts an der Johannes Kep-

*„Wir haben permanent ein höheres Angebot an offenen Stellen als Einschreibungen. Das ist ein Riesenproblem.“*

**Andreas Müller**



ler Universität (JKU) in Linz, hat viel mit Unternehmen zu tun. Zahlreiche Industrieunternehmen investieren in wissenschaftliche Projekte, um unter anderem ihre Produktion zu automatisieren. Wobei Müller die Unterscheidung zwischen Entwicklung und Forschung wichtig ist. So ist es etwas anderes, neue Produkte oder robotische Systeme zu entwickeln bzw. für bestimmte Anwendungen weiterzuentwickeln, als Grundlagenforschung zu betreiben, die im Idealfall ergebnisoffen ist. Rund 30 Prozent der Förderungen am Robotik-Institut der JKU gehen laut Müller in Grundlagenforschung, rund 70 Prozent in die angewandte Industrieforschung. Grundlagenforschung wird in der Regel vom Wissenschaftsfonds FWF gefördert, während die FFG insbesondere angewandte Forschung unterstützt.

Mechatroniker Müller zeigt in einem von zwei Laboren am Institut einige Robotersysteme vor. Bei einem davon handelt es sich um einen Humanoiden, also einen menschenähnlichen Roboter, der gehen, stehen, sehen und – angeblich – sogar einen Limbo tanzen kann. Müller: „Dieser Roboter ist eine Spielwiese für unsere Studenten.“ Einem anderen robotischen System hat das Forschungsteam den Namen „Der schnellste Kaffee der Welt“ gegeben. Institutsmitarbeiter Christoph Stöger startet den Vorgang am Computer: Ein Becher mit Flüssigkeit wird von einem Industrie-Roboterarm durch die Gegend gewirbelt, der damit auch Kopfüber-Bewegungen ausführt. Diese laufen aber so schnell ab, dass durch die Zentrifugalkraft kein Tropfen verloren geht. Danach schüttet der Arm die Flüssigkeit in einen leeren Becher, der von einem zweiten Roboterarm gehalten wird.

### Labore mit Robotern

Förderungen zu erhalten wird auch aus Müllers Sicht tendenziell schwieriger. Einen Grund sieht er darin, dass seit der Wirtschafts- und Finanzkrise verstärkt Länder wie Italien und Spanien um EU-Förderungen einreichen. Die Konkurrenz, die sich um den Förderkuchen bewirbt, wird also größer. Dabei gäbe es für Müller und seine KollegInnen in der Robotik-Forschung viel mehr Arbeit, als sie aktuell bewältigen können. Das gilt sowohl für die Wissenschaft als auch für die Industrie, wo AbsolventInnen mit Handkuss genommen werden. Müller: „Wir haben permanent ein höheres Angebot an offenen Stellen als Einschreibungen. Das ist ein Riesenproblem.“ Weil der Bedarf in der Industrie extrem hoch ist, brechen manche sogar ihr Studium ab, weil sie auch ohne Diplom in der Hand einen lukrativen Job bekommen. Ein weiteres Problem stellt die Tatsache dar, dass sich zu wenige Frauen für das Robotik-Studium interessieren.

### Mensch-Roboter-Kollaborationen

Viele Ziele hat die Robotik-Forschung bereits erreicht, aber genügend Probleme müssen auch noch gelöst werden – ein-

mal abgesehen von den ethischen Fragestellungen, die Robotik-Systeme mit sich bringen und die nicht die TechnikerInnen, sondern eher PhilosophInnen und natürlich die Politik zu beantworten haben. Aus mechatronischer Sicht stellen etwa Mensch-Roboter-Kollaborationen (MRK) ein besonders aktuelles Forschungsgebiet dar. Während bisher Roboter in der Industrie „zu Recht“ eingesperrt waren, entwickeln sich die Systeme dahingehend, dass sie mit Menschen zusammenarbeiten und sich durch den Raum bewegen können – dorthin, wo ihre Hilfe gerade benötigt wird. Daran, dass dies ohne Zusammenstöße und Verletzungen gelingt, wird weltweit gearbeitet. Das ist ebenso für den Einsatz von autonomen Fahr- oder auch Drohnen-Systemen notwendig. Das Robotik-Institut führt teilweise Projekte für mehrere Unternehmen durch. Eine Sache, die derzeit fast alle Industrieunternehmen interessiert, ist der „Griff in die Kiste“, also ein Roboter, der in einer Kiste oder auf einem Fließband mit vielen Gegenständen einen bestimmten erkennen und danach greifen kann.

Der Blick in drei Zukunfts-Forschungszweige hat gezeigt, dass vor allem die Finanzierung von Grundlagenforschung immer schwieriger wird. Universitäten und Forschungseinrichtungen arbeiten notwendigerweise vermehrt an angewandten Projekten für Unternehmen. Zudem verbringen hoch qualifizierte ForscherInnen sehr viel Zeit mit dem Schreiben von Förderanträgen, die allzu oft erfolglos verlaufen, und mit der Dokumentation und Administration der erfolgreichen Projekte. Zu viele WissenschaftlerInnen können nicht an den Forschungseinrichtungen gehalten werden, obwohl sie dort gebraucht würden, wo so viele gesellschaftlich wichtige Fragen untersucht werden. Letztlich ist folgende Frage, die über all diesen Entwicklungen steht, essenziell: Welchen Stellenwert wird unabhängige Forschung in Zukunft haben?

---

Schreiben Sie Ihre Meinung an die Autorin  
[alexandra.rotter@chello.at](mailto:alexandra.rotter@chello.at)  
 oder die Redaktion  
[aw@oegb.at](mailto:aw@oegb.at)



# Im Mittelpunkt die Fakten

*Die Wirtschaftswissenschaft der AK feiert ihren 60. Geburtstag. Sie liefert die Grundlage für eine faktenbasierte interessenpolitische Auseinandersetzung.*

**Romana Brait, Markus Marterbauer**  
*Abteilung Wirtschaftswissenschaft und Statistik  
der AK Wien*

**V**or den Lohnverhandlungen rauchen in den Abteilungen für Wirtschaftswissenschaft und Betriebswirtschaft der AK die Köpfe. Denn was die ExpertInnen auf Basis wissenschaftlicher Erkenntnisse austüfteln, bildet später eine der Grundlagen für die gewerkschaftlichen Positionierungen in den KV-Verhandlungen.

## Analysen mit vielen Fragen

Basis ist die traditionelle Lohnleitlinie der Benya-Formel. Sie lautet: Die Löhne sollen um die Summe aus mittelfristigem Wachstum der gesamtwirtschaftlichen Produktivität und Inflationsrate steigen.

Die ExpertInnen haben bei ihren Analysen folgende Fragen im Kopf: Wie passt diese Formel ins aktuelle Bild von Wirtschaftslage und -aussichten? Wie steigen die Löhne bei den Handelspartnern? Wie entwickelt sich die Einkommensverteilung in Österreich? Wie steht es um die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen im Export? Welche Impulse braucht die Konsumnachfrage der Haushalte? Auf dieser Basis werden Analysen zur Gesamtwirtschaft und zur jeweiligen Branche erstellt. Diese fußen auf den Expertisen der eigenen Fachleute, dazu kommt die Expertise der Wirtschaftsforschungsinstitute.

All diese komplexen Zusammenhänge sowie die wirtschaftswissenschaftlichen Fakten müssen für die Verhandlungen freilich aufbereitet werden. Dabei macht es sich bezahlt, dass die AK-Fachleute in der Ausbildung von

BetriebsrätInnen und GewerkschaftsfunktionärInnen eine wesentliche Rolle spielen und auch danach den regelmäßigen Meinungsaustausch pflegen: Gesamtwirtschaftliche Zusammenhänge, internationale Vergleichszahlen und das Prinzip der Faktenbasierung als Grundlage interessenpolitischer Auseinandersetzung sind allen Beteiligten wohlvertraut.

## Rolle als ÜbersetzerInnen

Auch die Arbeit&Wirtschaft trägt zur Übersetzung der Sachverhalte entscheidend bei, ebenso der A&W-Blog, der sich in den vergangenen vier Jahren als größter sozial- und wirtschaftspolitischer Blog Österreichs etabliert hat. Auf dem Blog werden laufend aktuelle Sachverhalte und wirtschaftspolitische Einschätzungen für die interessierte Öffentlichkeit publiziert.

Grundlagen für eine wirtschaftspolitische Auseinandersetzung zu schaffen, die auf Fakten basiert – dies war von Beginn an wesentlicher Eckpfeiler der Zusammenarbeit von Gewerkschaften und AK. Im Jahr 1920 bekamen die ArbeitnehmerInnen mit der Schaffung der Arbeiterkammer erstmals eine den Handelskammern gleichgestellte Stimme vor dem Gesetz. Bereits damals wurde die Erforschung der wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhänge aus Perspektive der Beschäftigten als essenziell für eine starke gewerkschaftliche Vertretung ihrer Interessen erachtet.

Der erste Präsident der Wiener AK Franz Domes definierte die Aufgabe folgendermaßen: „die Wirtschaft zu durchleuchten, sozialpolitisch das Gestrüpp gesetzlicher Einrichtungen zu durchdringen und arbeitsrechtlich alles verteidigen zu helfen“. Dahinter stand die Idee, dass die Durchsetzungskraft der Gewerkschaften steigt, wenn ihre Forderungen und Maßnahmen auf faktenbasierten Argumenten fußen.

## Wohlstand für die Allgemeinheit

Bald nach der Wiedereinrichtung der AK nach dem Zweiten Weltkrieg wurde diese Tradition fortgesetzt. Den Gewerkschaften erschien es von essenzieller Bedeutung, in der Vertretung der Interessen der breiten Masse der Bevölkerung über ein gutes Verständnis der gesamtwirtschaftlichen und sozialen Entwicklung zu verfügen.

Mit der Gründung der Wirtschaftswissenschaftlichen Abteilung im Jahr 1957 kamen ExpertInnen in die AK, deren Ziel ein möglichst hoher Wohlstand für die Allgemeinheit war. Ein zentraler Gedanke bestand darin, die negativen Auswirkungen von Massenarbeitslosigkeit nicht nur in sozialer, sondern auch in wirtschaftlicher Hinsicht zu beleuchten. Durch aktiv steuernde Konjunkturpolitik, fundierte Investitionsplanung, fortschrittliche Bildungspolitik sowie eine ausgleichende Umverteilung durch sozial- und steuerpolitische Maßnahmen sollten ein rascher wirtschaftlicher Aufholprozess und Vollbeschäftigung angestreut werden.

Ein prägendes Vorbild bildeten dabei die skandinavischen Wohlfahrtsstaaten mit ihrer fortschrittlichen Sozial- und

Wirtschaftspolitik, die eine faire Beteiligung der ArbeitnehmerInnen am gesamtwirtschaftlichen Wohlstand ermöglichte.

Für die daraus resultierende Forschung war von Beginn an auch die Zusammenarbeit mit anderen Forschungseinrichtungen wie etwa dem Wirtschaftsforschungsinstitut entscheidend. Dort wurde die Idee eines wirtschaftspolitisch aktiven Staates geteilt, der in Krisen aktiv gegensteuert. Erforscht wurde etwa die Wirkung von Investitionen auf Wirtschaftswachstum und Beschäftigung. Im Vordergrund standen wegen der außergewöhnlichen Herausforderungen der Nachkriegszeit (Preisregulierung, Versorgungsproblematiken und staatliche Planung) zunächst sehr praktische Überlegungen der Wirtschaftspolitik. Wichtig war es, belastbares Datenmaterial für fundierte Analysen und wirtschaftspolitische Entscheidungen aufzubereiten.

Bis heute ist eine tragfähige Gesprächsbasis zwischen Kammer und Österreichischem Institut für Wirtschaftsforschung (WIFO) entscheidend, um Detailinformationen, qualitative Einschätzungen und Erwartungen austauschen zu können.

## Regel Austausch

Nicht nur mit der Konjunkturforschung pflegt die Wirtschaftswissenschaft der AK bis heute regelmäßigen Austausch, sondern auch mit den Universitäten. Wissenschaft in einer Interessenvertretung zu betreiben hat dabei einige Besonderheiten: Prägend sind ein klares emanzipatorisches Weltbild und ein besonderes Augenmerk auf strategisch wichtige Bereiche wie die Verteilungsforschung, die Budget- und Beschäftigungspolitik oder die Arbeitsbeziehungen.

Vor allem in diesen Forschungsgebieten findet eine Vernetzung mit den Universitäten statt, und das stets auf Augenhöhe. Denn den AK-Fachleuten geht es nicht um Ökonomie als l'art pour l'art oder als akademische Fliegenbeinzählerei. Für sie steht relevante Ökonomie im Mittelpunkt: Wirtschaftswissenschaft mit dem Ziel der Verbesserung der Lebensbedingungen der Menschen.

Besonderes Augenmerk gilt dabei dem wissenschaftlichen Nachwuchs.

Die AK-Fachleute lehren an den Universitäten und Fachhochschulen, Studierende mit besonders relevanten Masterarbeitsthemen wirken als ForschungsassistentInnen in der AK mit, die jährliche Young Economists Conference, bei der der renommierte Eduard-März-Preis – benannt nach dem ersten Leiter der Wirtschaftswissenschaftlichen Abteilung – vergeben wird, hat inzwischen Tradition. Die jungen österreichischen Ökonomie-Studierenden profitieren dabei auch von den guten internationalen Kontakten der AK.

Die TopökonomInnen der Welt stellen ihre Forschungsergebnisse im Rahmen gutbesuchter AK-Veranstaltungen vor. In der Verteilungsforschung reicht die Liste der Vortragenden von Thomas Piketty bis **Gabriel Zucman**, in der gesamtwirtschaftlichen Analyse von **Gustav Horn** bis **Özlem Onaran**. So finden die neuesten internationalen wissenschaftlichen Erkenntnisse Eingang in die öffentliche und politische Debatte in Österreich.

## Fakten und Kooperation

Österreichs Gewerkschaftsbewegung ist beim Erkämpfen von Arbeitsstandards und Sozialstaat auch deshalb so erfolgreich, weil sie ihre Politik stets auf Fakten basiert und immer offen für eine Kooperation mit der Wissenschaft ist.

Der Wirtschaftswissenschaftlichen Grundsatzabteilung in der AK kommt dabei eine wichtige Aufgabe zu. Sie führt eigene Forschungsarbeiten durch, beteiligt sich intensiv an der wissenschaftlichen und politischen Debatte und pflegt den Austausch mit internationalen ForscherInnen. Das Ziel ist, den gesellschaftlichen, sozialen, wirtschaftlichen und wissenschaftlichen Fortschritt für die ArbeitnehmerInnen nutzbar zu machen.

---

Homepage der Arbeiterkammer Wien:  
[tinyurl.com/y9lvjk3w](https://tinyurl.com/y9lvjk3w)

Schreiben Sie Ihre Meinung an die AutorInnen  
[markus.marterbauer@akwien.at](mailto:markus.marterbauer@akwien.at)  
[romana.brait@akwien.at](mailto:romana.brait@akwien.at)

oder die Redaktion  
[aw@oegb.at](mailto:aw@oegb.at)

# Die (r)eine Lehre

*Seit Jahren fordern Organisationen mehr Vielfalt in der Volkswirtschaftslehre. Doch der Trend geht eher in die andere Richtung.*

Astrid Fadler  
Freie Journalistin

**M**an stelle sich vor, für einen Studienabschluss im Fach Psychologie wäre es ausreichend, nur über Freud und seine Theorien Bescheid zu wissen, oder an der Fakultät für Politikwissenschaft würde hauptsächlich Leninismus unterrichtet. Für viele Studierende und AbsolventInnen ist die Situation in Ökonomie- und Volkswirtschaftslehre durchaus mit einem solchen Szenario vergleichbar, denn die Bandbreite an Denkschulen wurde in den vergangenen Jahren eher verkleinert als erweitert. „Historisch gesehen nimmt die Vielfalt der an VWL-Instituten gelehrt Theorien und Methoden ab. Die Neoklassik hat im letzten Jahrhundert erfolgreich die Rolle als dominanter theoretischer Ansatz an den Universitäten eingenommen.“ So beschrieben 2014 die AutorInnen der Gesellschaft für Plurale **Ökonomik** im A&W-Blog die Monokultur an den Universitäten. Pluralismus würde bedeuten, Ideen kritisch und reflexiv miteinander zu vergleichen. Während in anderen Disziplinen Vielfalt selbstverständlich sei und sich widersprechende Theorien als gleichberechtigt gelehrt würden, werde die Volkswirtschaftslehre häufig dargestellt, als gäbe es nur eine theoretische Strömung mit eindeutigem Erkenntnisstand.

## Ideenrevival

Viele Ansätze, die vor der Krise weitgehend ignoriert wurden, wären heute (wieder) aktuell, beispielsweise die Finanzin-

stabilität nach **Hyman Minsky**. Dessen Theorie zufolge treten Finanzkrisen trotz boomender Wirtschaft auf. Außerdem vertrat er die Auffassung, dass die Finanzierungsprozesse einer kapitalistischen Ökonomie endogene destabilisierende Kräfte entwickeln. Ein weiterer interessanter Ansatz wäre die Schuldendeflation nach **Irving Fisher**, der überzeugt war, dass die Große Depression 1933 durch die Auswirkungen der Deflation auf die Einkommen und Kreditschulden ausgelöst worden war.

Was hat sich seit 2014 verändert? „Leider ist nicht wirklich viel passiert. Es geht tendenziell eher in die andere Richtung“, berichtet ein Gründungsmitglied der Gesellschaft für Plurale Ökonomik, das namentlich nicht genannt werden möchte. „Wahlfächer mit eher heterodoxen, also von der allgemeinen Lehrmeinung abweichenden Inhalten, finden immer weniger Platz in den unterschiedlichen Curricula. Auch die verpflichtenden Kurse haben sich nicht großflächig und grundlegend geändert.“ Eine Kollegin nennt konkrete Beispiele: „An der WU kommt etwa Minskys Theorie zur Finanzmarktstabilität nur in einem Wahlfach vor. Nun wird ausgerechnet dieser Kurs gekürzt und nur noch einmal jährlich anstatt einmal pro Semester angeboten. Dabei hätte es hier gerade eine große Gelegenheit gegeben, im Zuge der Masterstudienplanreform das Curriculum an der WU anzupassen. Leider wurden die von der Masterstudienvertretung in Zusammenarbeit mit der Gesellschaft für Plurale Ökonomik ausgearbeiteten Reformvorschläge und die Einwände einer externen Evaluierungs-

kommission nicht berücksichtigt.“ Somit sei die Lehre weder realitätsnäher noch vielfältiger geworden. Im Gegenteil, durch die Schaffung des Science Tracks, eines „Fast Tracks“ zum PhD, der als Prestigeprojekt betrachtet wird, werde die wissenschaftliche Notwendigkeit einer mathematischen Formalisierung der VWL vorangetrieben und zusätzliches Gewicht auf quantitative Methoden gelegt.

## Personalkürzungen

An der WU Wien gibt es zwar schon seit längerem ein Institut für Institutionelle und Heterodoxe Ökonomie, das sich mit von der „reinen Lehre“ abweichenden Theorien beschäftigt. Doch seit zehn Jahren hat das Institut keinen ordentlichen Professor mehr. Dies habe zur Folge, dass das Institut marginalisiert werde, da durch die fehlenden formalen Gegebenheiten Zugänge zu Informationen und Infrastruktur sowie Stimmrechte nicht vorhanden sind.

In dem vor rund einem Jahr erschienen Buch „Wirtschaft neu denken – Blinde Flecken in der Lehrbuchökonomie“ rezensiert unter anderem der österreichische Ökonom und Autor Johannes Jäger aktuelle Lehrbücher. Er stellt beim Vergleich zweier Ausgaben eines Standardwerks fest, dass die ältere Ausgabe 1989 marxischen Zugängen noch deutlich mehr Raum zugestanden hat als die aktuelle Auflage 2010.

„Mehr Perspektiven abseits von Neoklassik“ werden nicht nur in Österreich gefordert, sondern weltweit an zahlreichen Unis. Schon 2014 ist daher

die International Student Initiative for Pluralism in Economics (ISIPE) entstanden. Zu deren Netzwerk gehören neben der österreichischen Gesellschaft für Plurale Ökonomik (mit Gruppen in Wien, Graz und Innsbruck) mittlerweile mehr als 80 Gruppen in rund 30 Ländern. In einem gemeinsamen Paper fordern sie theoretischen und methodischen Pluralismus in der Lehre. Neben neoklassischer Ökonomik solle auch **evolutionäre**, feministische, institutionelle, keynesianische, marxische, ökologische und österreichische sowie **Komplexitäts-** und **Verhaltensökonomik** gelehrt werden. Methoden quantitativer und qualitativer Forschung sollen in der Lehre Berücksichtigung finden. Außerdem sollen Methoden und Inhalte aus anderen Disziplinen wie der Soziologie, der Politikwissenschaft, der Psychologie oder der Biologie stärker berücksichtigt werden.

## Neue Wirtschaftsmodelle

2010 sorgte Christian Felber mit seinem Buch „Gemeinwohl-Ökonomie“, in dem er ein konkretes alternatives Wirtschaftsmodell entwarf, für reichlich Diskussionsstoff. Heute, nach teils vehementer Kritik seitens zahlreicher ÖkonomInnen, lehrt der studierte Romanist zwar auch an österreichischen Unis und Fachhochschulen, der erste Lehrstuhl für Gemeinwohl-Ökonomie wurde allerdings im spanischen Valencia eingerichtet. Kürzlich empfahl der **Europäische Wirtschafts- und Sozialausschuss EWSA**, das Gemeinwohl-Ökonomie-Modell sowohl in den europäischen als auch in die einzelstaatlichen Rechtsrahmen zu integrieren – ein Zeichen dafür, dass die Finanz- und Wirtschaftskrise nicht nur „linke ReformerInnen“ zum Nachdenken über neue Wirtschaftsmodelle abseits des Wachstumsparadigmas angeregt hat. Die OECD startete 2012 mit der Initiative NAEC (New Approaches to Economic Challenges) einen umfassenden Reflexionsprozess. Multidimensionale Betrachtungsweisen sollen in den Vordergrund gestellt, gesellschaftliche Probleme und Verteilungsaspekte stärker transdisziplinär betrachtet werden.

Inwieweit das Nachdenken über Ideen abseits des neoliberalen Main-



© stecore/fotolia.com

**Mehr Perspektiven in der Ökonomie abseits der „Neoklassik“ werden nicht nur in Österreich gefordert, sondern weltweit an zahlreichen Unis.**

streams tatsächlich zu Veränderungen führt, bleibt abzuwarten. Im Jahr 2015 sprach etwa der Ökonom Stephan Schulmeister bei einer NAEC-Veranstaltung in Wien von einem regelrechten „Theoriekrieg in der Wissenschaft“. Der österreichische Nationalökonom Friedrich August von Hayek habe exemplarisch gezeigt, dass eine regelrechte PR-Maschinerie nötig sei, um neue Ideen zu verbreiten und durchzusetzen. Er ging davon aus, dass auch in einer Demokratie politische Entscheidungen nur entfernt über Wahlen getroffen würden. Die Richtung würden die dominierenden intellektuellen Strömungen vorgeben, die ihre Öffentlichkeitswirksamkeit etwa über JournalistInnen und LehrerInnen aufbauen. Die Produzenten der Theorien seien die „original thinkers“, während die „second-hand dealers“ die Ergebnisse der Ideologieproduktion in der Gesellschaft wirksam werden lassen könnten. Die Rolle der „second-hand dealers“ ordnete Hayek den Thinktanks zu. Dementsprechend gründete er 1947 die Mont Pèlerin Society (MPS), eine Denkfabrik mit dem Ziel, zukünftige Generationen vom Wirtschaftsliberalismus zu überzeugen. Das von einem

MPS-Mitglied 1981 gestiftete Atlas Network umfasst heute mehr als 450 „free-market organizations“ in 95 Ländern. Den Einfluss des Netzwerks auf die Politik hat **Erwin Wagenhofer** in seiner Doku „Let’s Make Money“ 2008 eindrucksvoll dargestellt. Eine Art Update dazu lieferte kürzlich die ZDF-Satiresendung „Die Anstalt“.

Blogtipp: „Was braucht die Ökonomie?“:  
[tinyurl.com/y8xjlf44](http://tinyurl.com/y8xjlf44)

Schreiben Sie Ihre Meinung an die Autorin  
[afadler@aon.at](mailto:afadler@aon.at)  
oder die Redaktion  
[aw@oegb.at](mailto:aw@oegb.at)

## BUCHTIPP

Till van Treeck, Janina Urban (Hrsg.):

### Wirtschaft neu denken

Blinde Flecken in der  
Lehrbuchökonomie  
iRights Media, 2016  
ISBN: 978-3-944362-08-3

Bestellung:  
[www.besserewelt.at](http://www.besserewelt.at)



# Unwichtig? Ausgegrenzt!

*Über blinde Flecken in der Geschichtsschreibung und deren Hintergründe – eine kurze Bestandsaufnahme.*

John Evers

*Erwachsenenbildner und Historiker*

**W**er baute das siebentorige Theben? In den Büchern stehen die Namen von Königen. Haben die Könige die Felsbrocken herbeigeschleppt?“ Brechts „Fragen eines lesenden Arbeiters“ thematisieren einen riesigen blinden Fleck, nämlich die Ausklammerung der großen Bevölkerungsmehrheit aus der Betrachtung bzw. Darstellung historischer Prozesse. Und obwohl der Text 1935 geschrieben und 1936 veröffentlicht wurde, hat er nichts an Aktualität eingebüßt. Zumindest weisen jährliche Großausstellungen zu österreichischen RegentInnen (aktuell Maria Theresia) oder zahllose Hitler-Dokumentationen (gerade auch) öffentlich-rechtlicher Sender darauf hin.

## Ignorierte Muster

Mangelnde historische Sensibilität wird 2017 aber ebenso an anderen Stellen geortet. Ausgerechnet die „Neue Zürcher Zeitung“ beschreibt beispielsweise Finanzkrisen als „blinde Flecken“ in der Wirtschaftsgeschichte und stellt fest: „Das Muster von Finanzkrisen ist meist dasselbe. Dennoch tun sich Wirtschaftshistoriker mit deren Prognosen sehr schwer. Warum ist dies so?“

Eine klare Antwort vermag das konservative Blatt darauf allerdings nicht zu geben, da Finanzkontrollen und „Details“ wie die Eigentumsordnung bzw. -verteilung hier „naturgemäß“ ausgeklammert bleiben. Eine kurze Umfrage unter HistorikerInnen, die sich mehr

oder weniger explizit mit diversen „blinden Flecken“ befassen, ist demgegenüber durchaus aufschlussreich.

Psychologisch betrachtet ist ein blinder Fleck das Ergebnis einer Verdrängungsleistung. Nachdem es keine Kollektivpsyche gibt, existieren auf Ebene der Gesellschaft streng genommen auch keine blinden Flecken, gibt Zeithistoriker Florian Wenninger von der Universität Wien grundsätzlich zu bedenken. „Tendenziell werden natürlich trotzdem historische Begebenheiten marginalisiert, wenn sie das Fundament einer gesellschaftlichen Ordnung infrage stellen würden. Sie werden nicht zum Gegenstand öffentlicher Gedenkkultur, finden keinen Widerhall in den Medien und werden kaum beforscht. Thematisiert werden solche subversiven Erinnerungen am ehesten in privaten Zusammenhängen oder Randgruppen.“

Wenninger – er leitet u. a. das Projekt „Repression in Österreich 1933–1938“ – führt im Gespräch dazu weiter aus: „Ein naheliegendes Beispiel sind Gesellschaften, in denen es zu massenhafter Gewalt gekommen ist – über die kann man nicht sprechen, ohne die Frage der Verantwortung aufzuwerfen. Wenn große oder einflussreiche Teile der Bevölkerung in die Taten verwickelt waren, untergräbt das deren Legitimität.“

## Fell über die Ohren

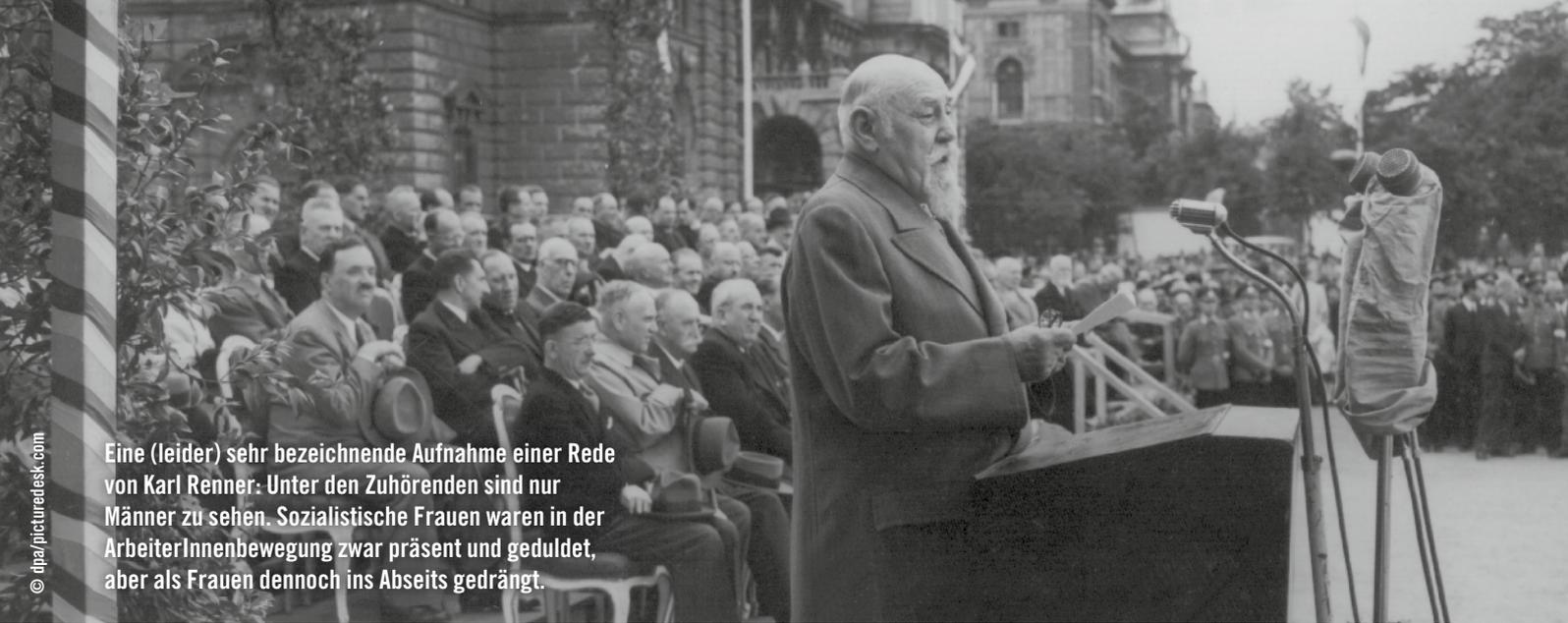
Als weiteres Beispiel nennt er die Entstehung unserer Eigentumsordnung. „Historisch gibt es da wenig zu deuteln: An einem bestimmten Punkt in der Geschichte hat eine Minderheit der

Mehrheit das Fell über die Ohren gezogen. Wie Honoré de Balzac gesagt hat, steht historisch hinter jedem großen Vermögen letztlich ein Verbrechen. Das hören die Vermögenden aber natürlich nicht gerne – und tun wenig dafür, zur Aufklärung beizutragen.“

## Geschichte von unten!?

Umgekehrt haben soziale Bewegungen auch maßgeblich die Erforschung und Darstellung von Geschichte beeinflusst bzw. sind selbst Gegenstand der Geschichtsschreibung geworden. Susan Zimmermann, Professorin an der Central European University in Budapest und Präsidentin der International Conference of Labour and Social History, fordert gerade hier immer wieder neue Perspektiven ein. „In der Geschichtsschreibung zu sozialen Bewegungen gibt es blinde Flecken, insbesondere dort, wo bestimmte mehrfach unterdrückte Gruppen gleichsam ‚Schnittmengen‘ zwischen unterschiedlichen Bewegungen bilden. Diese blinden Flecken sind ein Produkt der Fortschreibung historischer Marginalisierungen durch eine Geschichtsschreibung, die historische Trennlinien reproduziert, die von dominanten Gruppen gezogen wurden.“

So waren etwa sozialistische Frauen in der ArbeiterInnenbewegung zwar präsent und geduldet, aber als Frauen dennoch ins Abseits gedrängt, wie sie erläutert: „In der klassenübergreifenden Frauenbewegung waren diese Frauen ebenfalls präsent, aber als Sozialistinnen marginalisiert. Nicht wenige sozialistische Frauen waren genau wegen und gegen solch doppelte/r Marginalisierung in



Eine (leider) sehr bezeichnende Aufnahme einer Rede von Karl Renner. Unter den Zuhörenden sind nur Männer zu sehen. Sozialistische Frauen waren in der ArbeiterInnenbewegung zwar präsent und geduldet, aber als Frauen dennoch ins Abseits gedrängt.

beiden Bewegungen aktiv. Solange die Geschichtsschreibung nur auf eine der beiden Bewegungen fokussiert, bekommt sie die doppelt marginalisierten Gruppen und ihre Netzwerke und Agenda nicht in den Blick. Wenn sie, umgekehrt, gerade auf diese Gruppen fokussiert, kann sie beginnen, ein ganz neues Bild der Geschichte sozialer Bewegungen zu zeichnen.“

## Fehlende Analysen

Klaus-Dieter Mulley, Leiter des Instituts zur Erforschung der Geschichte der Arbeiterkammern und Gewerkschaften, stößt für die Gewerkschaftsgeschichtsschreibung in eine ähnliche Richtung: „Leidvoll muss festgestellt werden, dass die Geschichte der österreichischen Gewerkschaften und Arbeiterkammern – sieht man von wenigen Ausnahmen ab – sich bislang auf eine organisationsgeschichtliche Beschreibung und auf eine Darstellung von Forderungen und Erfolgen beschränkte.“

Er ergänzt: „Es liegen weder über die maßgebenden RepräsentantInnen der Gewerkschaften, über ihr Verhältnis untereinander, zur Politik und den politischen Parteien, noch über das ‚Innenleben der Gewerkschaften‘ und schon gar nicht über die betriebliche Interessenvertretung empirisch gesättigte Studien vor. Gewerkschaftsgeschichte ist in Österreich (leider noch immer) weitgehend Jubiläums- und Erinnerungsgeschichte.“

Sowohl die Aktivitäten und Schwerpunkte der International Conference of Labour and Social History als auch viele

vom Institut zur Erforschung der Geschichte der Arbeiterkammern und Gewerkschaften durchgeführte Projekte bzw. unterstützte Publikationen sind freilich um entsprechende Lückenschlüsse bemüht.

Auch Cornelia Kogoj, Generalsekretärin der Initiative Minderheiten und vielfache Kuratorin, verweist auf einige Positivbeispiele. „Als ich 2015 im Rahmen eines Forschungsprojekts zu Darstellungsformen von Minderheitengeschichte in US-Museen recherchiert habe, war ich beeindruckt, dass das Museum of the City of New York die Geschichte New Yorks über die politischen Kämpfe seiner Minderheiten darstellt.“

In der Dauerausstellung „Aktivist New York“ werde diese Geschichte anhand von Themen wie Immigration, Gender Equality, Religious Freedom oder Political and Civil Rights nähergebracht. „So wird beispielsweise die Frage ‚What has New York to do with Slavery?‘ aufgeworfen oder New Yorks Schlüsselrolle in der Schwarzen Bürgerrechtsbewegung erzählt“, so Kogoj.

## Meilensteine

Für Österreich benennt Kogoj Ausstellungen des Wien Museums wie „Gastarbeiter“ und „Romane Thana“ als wichtige Meilensteine. Florian Wenninger erinnert allerdings daran, dass die „blinden Flecken in der Geschichte“ durchaus auch als Parole „von Rechts“ vereinnahmt werden können.

Aktuell geschieht das z. B. durch die Adelshistorikerin Gudula Walterskir-

chen. In ihrer Publikation „Die blinden Flecken der Geschichte: Österreich 1927–1938“ schreckt sie sogar nicht vor der (erfundenen) Behauptung zurück, dass der Februaraufstand 1934 eine nationalsozialistische Inszenierung gewesen wäre. Schwarz-braune Beziehungen bleiben hingegen – einmal mehr – ausgespart.

## Marketing-Gag

Wenninger kommentiert diese aktuelle Verwendung des Begriffs „blinde Flecken“ folgendermaßen: „Wer für sich als HistorikerIn in Anspruch nimmt, ‚blinde Flecken‘ zu bearbeiten, **insinuiert**, sich einer verborgenen, von den Mächten totgeschwiegenen Wahrheit anzunehmen. Das ist üblicherweise ein Marketing-Gag“, so der Zeithistoriker. „Perfide wird es dort, wo nach tendenziöser Würdigung der Quellen als Ergebnis übrig bleibt, dass die Opfer selbst schuld sind am Unrecht, das ihnen angetan wurde.“

---

Internationale Tagung der HistorikerInnen der Arbeiter- und anderer sozialer Bewegungen:

[www.ith.or.at/start/d\\_index.htm](http://www.ith.or.at/start/d_index.htm)

Initiative Minderheiten:  
[minderheiten.at](http://minderheiten.at)

Projekt „Opfer politischer Repression“:  
[www.repression-1933-1938.at](http://www.repression-1933-1938.at)

„Der blinde Fleck der Wirtschaftsgeschichte“:  
[tinyurl.com/y7z7mqad](http://tinyurl.com/y7z7mqad)

Schreiben Sie Ihre Meinung an den Autor  
[john.evers@vhs.at](mailto:john.evers@vhs.at)  
oder die Redaktion  
[aw@oegb.at](mailto:aw@oegb.at)



Es war eine Premiere in der 200-jährigen Geschichte der TU Wien: Sabine Seidler zog im Jahr 2011 als erste Frau ins Rektorat des Hauses am Karlsplatz.

© Herrgott Ricardio/Verlagsgruppe News/picture-desk.com

# Exzellenz hat kein Geschlecht

*Die Zahl weiblicher Führungskräfte steigt nur langsam. Welche Maßnahmen setzen Unis, um die gläserne Decke zu durchstoßen?*

Udo Seelhofer, Sandra Knopp  
*Freie JournalistInnen*

**A**ls Corinna Engelhardt-Nowitzki im Jahr 2003 ihre Stelle an der Montanuniversität Leoben antrat, war sie Pionierin: Sie ist die erste Professorin an der steirischen Uni. Die gebürtige Münchnerin baute den Lehrstuhl für Industrielogistik auf. An der Montanuni hatte Engelhardt-Nowitzki einst berufsbegleitend promoviert.

## Die Richtige für die Stelle

Als sie der Ruf erteilte, hatte sie zehn Jahre in der Industrie gearbeitet. „Ich kam zwar aus einer Männerdomäne, aber es war anfangs ein seltsames Gefühl. Damen wurden behandelt wie Ehrengäste, nicht wie alle anderen.“ Sie fügte sich aber rasch gut ins Kollegium ein, wie sie erzählt. Es

ärgerte sie nur, wenn sie irgendjemand als „Quotenfrau“ bezeichnete: „Ich war mit meiner praktischen Expertise einfach die Richtige für die Stelle.“

Die Zahl der Studentinnen wächst an allen Universitäten. Frauen in wissenschaftlichen Führungspositionen sind nicht mehr ungewöhnlich, aber eben auch nicht selbstverständlich. Von 21 Universitäten werden sieben von Frauen geführt. Zwar ist der Anteil der Professorinnen in den letzten Jahren angestiegen – Anfang der 1980er-Jahre lag er bei 4,7 Prozent, bis 2000 stieg er auf gerade einmal sechs Prozent –, dennoch sind heute nur 23 Prozent der ProfessorInnen Frauen.

Das Universitätsgesetz von 2002 brachte den Unis mehr Autonomie, sie bauten Managementstrukturen auf. „Frauen haben davon aber nur an einigen wenigen Universitäten profitiert“,

sagt Soziologin Angelika Striedinger. Sie ist Teil eines Teams von vier Forscherinnen, das im Rahmen eines FWF-Projekts Gleichstellungsarbeit an vier unterschiedlich ausgerichteten Unis untersucht hat.

## Ernüchterndes Resultat

Das Resultat war ernüchternd: Nur eine der Unis hat Gleichstellungsagenden umfassend in der Struktur verankert. Zum Zeitpunkt der Untersuchung gab es mehrere Personen im Rektorat mit entsprechender Expertise und Prozesse wurden transparent gehalten. „Es erleichtert Gleichstellung enorm, wenn man weiß, wie Entscheidungen getroffen werden“, so Striedinger. Bei anderen Unis sei diese Thematik personenabhängiger und willkürlicher. „Das Wichtigste ist, dass der Gegensatz zwischen Gleichstellung und

Qualität bzw. Exzellenz überwunden wird“, betont die Soziologin. Einige Unis würden das als zwei Pole begreifen. „Dabei verhindert Diskriminierung, dass alle ihr volles Potenzial ausschöpfen können.“

## Frauenprofessuren

Die Technische Universität Wien hat mit Sabine Seidler seit 2011 erstmals eine Rektorin. An dieser Universität zeigt sich deutlich, dass der Frauenanteil je nach Universität und Studienrichtung variiert. In technischen Universitäten sind Frauen deutlich seltener anzutreffen: Von den 153 ProfessorInnenstellen sind an der TU Wien 18 von Frauen besetzt, von 52 Instituten haben drei eine Vorständin. Aktuell gibt es noch keine Dekanin. Geht es nach Brigitte Ratzer, Leiterin der Abteilung Genderkompetenz, soll sich das ändern. Zunächst brauche es mehr Studentinnen in der Technik und somit andere Rollenbilder. „Viele LehrerInnen sind nicht in der Lage, Mädchen und Burschen das Gleiche zuzutrauen und zu vermitteln“, stellt Ratzer fest.

Die TU organisiert Workshops, die Schülerinnen über Perspektiven in der Technik informieren. Zudem werden Maßnahmen für Nachwuchswissenschaftlerinnen koordiniert – von Coaching und Mentoring bis zu „Anti-Bias-Workshops“.

Um die Vergabe von zwei Frauenprofessuren und zwei Laufbahnstellen gab es 2015 einen Wettbewerb, bei dem die acht Fakultäten Frauenfördermaßnahmen vorstellten. Der Clou: „Alle sich bewerbenden Fakultäten mussten ihre Konzepte umsetzen, egal wer den Zuschlag erhält“, so Ratzer. An der TU Wien gibt es einige Jobangebote, die sich explizit an Frauen richten, unter anderem zwei Laufbahnstellen. Diese Stellen sehen einen sechsjährigen Arbeitsvertrag mit Qualifizierungsvereinbarungen vor. Dann soll der Umstieg auf eine unbefristete Stelle als assoziierte Professorin folgen. Ratzer plädiert dafür, Auswahlkriterien für Professuren zu ändern und außeruniversitäre Leistungen besser zu bewerten.

Laufbahnstellen, die explizit für Frauen vorgesehen sind, kann Soziologin Striedinger etwas abgewinnen, sofern bei der Vergabe der nicht ge-

schlechtsbezogenen Stellen Frauen nicht benachteiligt werden. Die „gläserne Decke“ wird insbesondere nach dem Doktorat sichtbar, denn an dieser Schnittstelle gibt es eine hohe Drop-out-Quote von Frauen. Das zeigt sich etwa an der Uni Wien: Während der Frauenanteil bei Doktoraten im Jahr 2013 bei 51 Prozent lag, betrug er bei Habilitationen nur noch 37 Prozent.

Auch in der Wissenschaft ist die Vereinbarkeit von Familie und Beruf für viele herausfordernd. Nach wie vor trifft das Frauen mehr als Männer, denn ohne Partner oder Partnerin, der/die sich mehr um die Familienarbeit kümmert, lässt sich dies kaum vereinbaren. Als Corinna Engelhardt-Nowitzki ihre beiden Kinder bekam (heute sind sie neun und zwölf), war sie Professorin. Ein Vorteil: „Ich konnte mir meine Zeit flexibler einteilen.“ Ohne Unterstützung ihres Mannes hätte es aber nicht so gut funktioniert. Er hat eine halbe Lehrverpflichtung an einem Gymnasium.

An der Uni Wien gibt es eigene Curricula für Frauen, in denen Karriereestrategien erarbeitet werden. Angeboten werden Coachings für Wissenschaftlerinnen oder Doktorandinnenkollegs, wo Frauen unterschiedlicher Zweige, aber mit ähnlicher Thematik, zusammenarbeiten. Die IG LektorInnen und WissensarbeiterInnen hat den Überblick. „Wir sprechen Frauen explizit an, wie sie im wissenschaftlichen Bereich vorankommen können.“ Ein wesentlicher Faktor sei das Prekariat unter Frauen. „Es braucht individuelle Förderung und mehr ausfinanzierte Stellen nach dem Doktorat“, fordert IG-Vorstandsmitglied Maria Dabringer.

Jobs mit Zukunft sind das eine, Vernetzung untereinander ist das andere. Netzwerken, wie männliche Wissenschaftler das seit Langem machen, helfe. Doch unterstützen sich Frauen, stößt das oftmals auf Unverständnis. „Wenn Männer sich organisieren, gilt das als professionell, bei Frauen seien das ‚Selbsthilfegruppen‘“, kritisiert Dabringer.

## Mentoring und Anerkennung

Aufgeräumt werden muss mit einem weiteren Irrglauben: „Frauenförderung wird oft unbewusst als Nachhilfe verstanden.

Es geht aber nicht darum, Defizite aufzuarbeiten, sondern Stärken aufzuzeigen“, sagt Sylwia Bukowska, Leiterin der Abteilung Gleichstellung und Diversität der Universität Wien. „Es gilt, Barrieren im System aufzuzeigen, Wissenschaftlerinnen zu bestärken und Momente des Scheiterns auch im Kontext des Wissenschaftssystems mit seinen Ausschlussmechanismen zu verstehen.“ Sensibilisierung und breit aufgestellte Individualförderprogramme hätten Prozesse bereits verbessert. Besonders erfolgreich war Mentoring.

Die Programme werden derzeit neu konzipiert. Im Herbst 2018 beginnt eine Programmversion für Praedoc- und im Jahr darauf Mentoring für Postdoc-Wissenschaftlerinnen. Anfang nächsten Jahres startet eine österreichweite Datenbank mit Infos zur Gleichstellung an heimischen Unis.

## Die Quote wirkt

Dass der Frauenanteil auch beim wissenschaftlichen Personal gestiegen ist, ist eng mit der Quote verbunden. Demnach soll der Frauenanteil bei 50 Prozent liegen. Soziologin Angelika Striedinger beobachtete, dass diese Vorgabe den Frauenanteil in den Rektoratoren steigen ließ und den Aufstieg von Frauen an die Spitze der Universitäten förderte.

„Alle Expertinnen sind sich einig, dass Quoten zurzeit notwendig sind zur Herstellung der Chancengleichheit.“ Dabei gehe es nicht um eine generelle Bevorzugung. „Eine Frau bekommt den Job nur bei gleich guter Qualifikation – und das übersehen viele in der Quoten-Debatte“, so Bukowska von der Universität Wien. Die große Frage ist allerdings auch an den Universitäten: Wie kann das System so gestaltet werden, dass alle Geschlechter gleiche Chancen haben, sodass sich sowohl Frauenförderung als auch -quote schlichtweg erübrigen?

Gender Index 2016:  
[tinyurl.com/y72ax2tl](http://tinyurl.com/y72ax2tl)

Schreiben Sie Ihre Meinung an die AutorInnen  
[udoseelhofer426@msn.com](mailto:udoseelhofer426@msn.com)  
[sandra.knopp@gmx.at](mailto:sandra.knopp@gmx.at)

oder die Redaktion  
[aw@oegb.at](mailto:aw@oegb.at)



# Freie als Jongliermasse

*An manchen Unis bestreiten externe LektorInnen die Lehre zu 40 Prozent.  
Die Unis brauchen sie, behandeln sie aber schlecht.*

Christian Cargnelli, Tamara Ehs, Anton Tantner  
Vorstandsmitglieder der IG LektorInnen und  
WissensarbeiterInnen

**O**hne LektorInnen würde der Lehrbetrieb an Österreichs Universitäten vielerorts zusammenbrechen. Denn die Lehrbeauftragten bestreiten österreichweit zu etwa einem Viertel die Lehre. Ihre Zahl lag im Studienjahr 2014/15 bei rund 14.000, an manchen Universitäten – wie in Wien und Graz – tragen LektorInnen die Lehre sogar zu rund 40 Prozent, an einzelnen Instituten in einem noch höheren Ausmaß.

Die Universität braucht die LektorInnen also, aber behandelt sie schlecht: Sie erhalten in der Regel jeweils nur semesterweise Verträge und dies oft nur im Ausmaß von zwei Semesterwochenstunden. Aus Perspektive der DienstgeberInnen handelt es sich bei diesen hochquali-

fizierten AkademikerInnen um eine „Jongliermasse“ (so das Originalzitat eines Rektoratsmitglieds), die dazu benutzt wird, die Studienpläne bespielen zu können und den universitären Betrieb am Laufen zu halten – und zwar ohne dass den Betroffenen irgendeine Aussicht auf eine Beendigung dieses nervenaufreibenden Zustands offenstände.

## Dauerhafte Arbeitsrealität

Prekarität ist eine dauerhafte, mitunter lebenslange Arbeitsrealität für eine immer größer werdende Gruppe von WissensarbeiterInnen geworden. Hinzu gesellt sich die sogenannte „Kettenvertragspause“. Universitäten dürfen nach sechs Dienstjahren (bzw. acht bei Teilzeitbeschäftigung) keine weiteren befristeten Verträge an LektorInnen mehr ausstellen. Was allerdings möglich ist: Die LektorIn-

## BUCHTIPP

Guy Standing:  
**Prekariat**  
Die neue explosive Klasse  
Unrast-Verlag, 2015,  
ISBN: 978-3-89771-579-0



Bestellung:  
[www.arbeit-recht-soziales.at](http://www.arbeit-recht-soziales.at)

nen machen eine einjährige Pause, danach können sie wieder einen befristeten Vertrag bekommen. Auch der Bezug von Leistungen des AMS ist zum fixen Bestandteil von akademischen Erwerbsbiografien geworden. Dieser von manchen Universitätsleitungen bewusst in Kauf genommene Umstand wird teilweise noch dadurch verschärft, dass an einigen österreichischen Universitäten LektorInnen überwiegend oder zur Gänze mit Freien Dienstverträgen

ausgestattet werden. Damit kommen kollektivvertragliche Bestimmungen nicht zur Anwendung und diese Gruppe wird weder vom Betriebsrat vertreten, noch kann sie für diesen kandidieren.

Historisch betrachtet ist der Siegeszug prekärer Arbeitsverhältnisse eine Rückkehr zum Status quo vor den „**Trente Glorieuses**“. Mit diesem Begriff werden die wohlfahrtsstaatlich und sozialpartnerschaftlich geprägten Jahrzehnte nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs bezeichnet, in denen die Ideologie des Normalarbeitsverhältnisses dominierte. Seit dem Siegeszug des Kapitalismus in seiner neoliberalen Ausprägung befinden sich Vollbeschäftigung und unbefristete Arbeitsverträge auf dem Rückzug – und man kann die Universitäten in diesem Prozess durchaus als Vorreiterinnen betrachten: Arbeits- und Lebensverhältnisse von EnthusiastInnen ohne feste Löhne und existenzielle Absicherung stehen Modell für den Arbeitsmarkt der Zukunft.

## Ende des Normalarbeitsverhältnisses

Seit den 1990er-Jahren wird dieser Umstand zunehmend von SoziologInnen thematisiert. Für den Bereich der Wissenschaft etwa prägten die Autorinnen Anne und Marine Rambach 2001 den Begriff der „prekären Intellektuellen“, während der britische Soziologe Guy Standing ganz allgemein das „Prekariat“ als eigene, im Entstehen befindliche Klasse beschrieb. Die Soziologen Hans J. Pongratz und G. Günter Voß beschreiben den Typus des „Arbeitskraftunternehmers“: WissenschaftlerInnen haben unter den derzeitigen Arbeitsbedingungen zu „wissenschaftlichen Entrepreneurs“ zu werden, die jede Tätigkeit strategisch auf ihre weitere Verwertung im Lebenslauf beurteilen müssen. Was hierfür nicht kapitalisierbar ist, hat keinen Wert – etwa größeres Engagement in der Lehre und Studierendenbetreuung, gemeinschaftsbildende Tätigkeiten am Institut oder Betriebsratsarbeit.

Die finanzielle Grundlage der Wissensarbeit sind mittlerweile hauptsächlich Drittmittel, um die man im Wettbewerb mit anderen ringen muss. Dies hat auch Folgen für die Wissenschaft selbst: Es wird erforscht, was hohe Output-Vorhersehbarkeit verspricht und damit den FördergeberInnen gefällt. Die Projektför-

migkeit, in der Wissensarbeit arrangiert ist, bedingt eine jeweils kurze Verdauerdauer der ForscherInnen. Vor allem junge WissensarbeiterInnen sind damit zwar weltweit vermittelbar, aber der Gesellschaft und dem politischen Engagement entfremdet. Die Sorge, sich durch Kritik an diesen Beschäftigungsverhältnissen eine mögliche Karriere in der Wissenschaft zu verpatzen oder überhaupt in der Erwerbslosigkeit zu landen, lässt die meisten verstummen. Zukunftsentwürfe oder gar gegenhegemoniale Utopien sind von ihnen kaum zu erwarten.

Auf das gesellschaftlich verfügbare Wissen wirkt sich die Unsicherheit der Arbeitsbeziehungen negativ aus. Dabei wäre eine notwendige Voraussetzung für die oft eingeforderte Exzellenz von Lehre und Forschung, dass WissenschaftlerInnen eine planbare Perspektive geboten wird. Hervorragende Lehre und Forschung sind nur unter hervorragenden Arbeitsbedingungen möglich.

Seit ihrer Gründung im Zuge einer großen, Lehrende wie Studierende umfassenden Streikbewegung im Jahre 1996 kämpft die IG LektorInnen und WissensarbeiterInnen gegen die wachsende Prekarisierung. Diese zeigt sich schließlich nicht nur im Wissenschaftsbetrieb, sondern betrifft generell eine stetig wachsende Anzahl von Menschen – nicht zuletzt Frauen und MigrantInnen –, die ihren Lebensunterhalt mit einem Job allein nicht mehr bestreiten können, ob im Gesundheitswesen, in der Pflege, im Dienstleistungsbereich, im Security-Sektor, in der Kulturarbeit oder im Journalismus.

Die Teilung zwischen „regulären“ und prekären Arbeitsverhältnissen stellt die Interessenvertretung wie auch in anderen Branchen vor große Herausforderungen. Auf der einen Seite steht die kleiner werdende, teils noch beamtete Anzahl von MitarbeiterInnen, auf der anderen die **fluide** Masse der freien WissensarbeiterInnen. Die klassischen Organisationsformen der ArbeitnehmerInnenvertretung (wie Betriebsräte und Gewerkschaften) sind dabei durchaus wichtige Verbündete. Im Betriebsrat der größten österreichischen Universität, der Universität Wien, ist die IG seit einigen Jahren ebenso vertreten und aktiv wie in deren höchstem Gremium, dem Senat. Und sie hat mittlerweile etliche Verbesserungen erreicht.

## Plattform für WissensarbeiterInnen

Die IG LektorInnen und WissensarbeiterInnen beschäftigt sich verstärkt mit prekären wissenschaftlichen Arbeitsverhältnissen, wie jenen der befristeten Anstellung von AssistentInnen, ProjektmitarbeiterInnen, freien WissenschaftlerInnen, bis zu den befristeten ProfessorInnen.

Die IG ist ein Zusammenschluss, der das akademische Feld innerhalb und außerhalb der Universitäten und akademischen Institutionen beobachtet. Sie schafft Diskussionsräume zum Erfahrungsaustausch und damit auch die Voraussetzung dafür, dass solidarische Forderungen auf universitärer, aber auch auf allgemein politischer Ebene erarbeitet werden können.

Mehr Informationen:  
[www.ig-elf.at](http://www.ig-elf.at)

Leider konnte die Zusammenarbeit nicht verhindern, dass Verschlechterungen für die LektorInnen beschlossen wurden. Mit dem Gehaltsabschluss der Universitätsangestellten für das Jahr 2016 verloren Universitätslehrende, die nur einen zweistündigen Lehrauftrag haben, die Sozial- und Krankenversicherung, da die Bezahlung nun unter der dafür notwendigen Geringfügigkeitsgrenze lag.

Eine noch engere Zusammenarbeit wäre daher für alle Beteiligten von Vorteil. Immerhin ist es im Interesse aller, dass die Arbeitsverhältnisse an der Universität adäquater gestaltet werden – nicht nur aller Universitätsangehörigen, sondern der Gesamtgesellschaft, die letztlich von den wissenschaftlichen Erkenntnissen profitiert.

Blogtipp:

[tinyurl.com/yb8tc9cm](http://tinyurl.com/yb8tc9cm)

Schreiben Sie Ihre Meinung an die AutorInnen  
[anton.tantner@univie.ac.at](mailto:anton.tantner@univie.ac.at)  
[christian.cargnelli@chello.at](mailto:christian.cargnelli@chello.at)  
[tamara.ehs@univie.ac.at](mailto:tamara.ehs@univie.ac.at)

oder die Redaktion  
[aw@oegb.at](mailto:aw@oegb.at)



# Vom Wissen als Feind

*Nicht erst seit Fake News und der Leugnung wissenschaftlicher Erkenntnisse durch einen US-Präsidenten gibt es das Phänomen der Wissenschaftsfeindlichkeit.*

**Sonja Fercher**

*Chefin vom Dienst der Zeitschrift  
„Arbeit&Wirtschaft“*

**E**r sei „die Verkörperung der individuellen Utopie, berühmt, reich und geliebt zu werden“. Diese Wunschvorstellung scheine im globalisierten Kapitalismus die „große Utopie einer gerechten Gesellschaft abgelöst zu haben“. An seiner Person zeige sich außerdem „ein Diskurs um Nicht-Wissen und Wissen, um Intellektualität und Nicht-Intellektualismus, um die Rolle von Wissen und von Intellektuellen“. Er entlaste vom „Bildungsdruck, vom Druck, (vermeintlich) Überflüssiges zu wissen, Dinge zu wissen, die zwar der Bildungsbürger weiß, aber die große Mehrheit der Bevölkerung nicht“ – und diese, so der entsprechende Diskurs, „auch nicht zu wissen braucht“.

## Wille zum Nicht-Wissen

Es sind fast 20 Jahre vergangen, seitdem Birgit Sauer diese Zeilen schrieb. Die Politikwissenschaftlerin bezieht sich darin auf einen Star der Fernsehshow Big Brother, Zlatko Trpovski. Man könnte den Namen gut und gerne durch jenen von US-Präsident Donald Trump ersetzen – die Analyse würde nur wenig an ihrer Treffsicherheit einbüßen. Sauer macht in ihrem Text „Der Wille zum Nicht-Wissen“ aus dem Jahr 2000 einige Elemente aus, die auch für die heutige Analyse der Wissenschaftsfeindlichkeit relevant erscheinen.

Der Anti-Intellektualismus ist spätestens mit dem Begriff Fake News wie-

der zum Thema der öffentlichen Debatte geworden. In den USA reihte sich nach dem Wahlerfolg von Donald Trump noch eine weitere Sorge hinzu: Jene um den Wert von Wissenschaft in einer Regierung, deren Präsident ganz offen wissenschaftliche Erkenntnisse leugnet.

## Marsch für Wissenschaft

Dies war im Frühling Anlass für den „March for Science“, mit dem man in Washington ein Zeichen gegen Wissenschaftsfeindlichkeit und Einschränkungen der akademischen Freiheit setzen wollte. Die Idee breitete sich rasch aus, am 22. April gingen unter anderem in Wien 3.000 Menschen auf die Straße. Insgesamt wurde in mehr als 500 Städten weltweit demonstriert.

Was Birgit Sauer im Jahr 2000 bezogen auf das Phänomen Zlatko schrieb, lässt sich auch auf die Inszenierung Donald Trumps umlegen: „Die spezifische Form des populistischen Klassenkampfes ist ins Reality-TV verschoben und spielt sich als Schattenkampf zwischen ‚der‘ Bevölkerung und ‚den‘ von ihnen abgehobenen Intellektuellen ab.“ US-Präsident Trump wiederum inszenierte sich gegen das „Establishment“, ob in Politik oder Wissenschaft. Sauer führt weiter aus: „Die ‚alten‘ Intellektuellen seien kopflastig, von der Bevölkerung entfernt und unverständlich. Zlatko sagt demgegenüber in einem leicht verständlichen Satz, worüber die klassischen Intellektuellen tagelang diskutieren müssen.“ Man ersetze den Begriff Intellektuelle durch jenen der PolitikerInnen.

Birgit Sauer bringt noch einen weiteren Aspekt ein: die „neo-liberale Hegemonie“. Diese schaffe „ihre eigenen ‚working class heroes‘, die gegen das bildungsbürgerliche Wissen aufbegehren und mit praktischer Intelligenz ausgestattet sind“. Wissen und Ausbildung werde als „belastendes Gepäck“ betrachtet, so Sauer. Denn „offenbar sind andere Skills notwendig, als das in der Schule vermittelte Bildungsgut, das doch nur in die Erwerbslosigkeit führt“.

## Neue Aufklärung

Skepsis gegenüber Wissen bis zu dessen Herabwürdigung als unnötiger Ballast, das Leugnen wissenschaftlicher Erkenntnisse: All das ist also (leider) nicht neu. Wissenschaftsforscherin Helga Nowotny, früher Präsidentin des Europäischen Forschungsrats (ERC), sagte anlässlich des March for Science: „Ich glaube, wir brauchen eine Aufklärung in einer neuen Form. Die europäische Aufklärung vor 200 Jahren ging von einigen wenigen Wissenschaftlern und Intellektuellen aus und wurde zu einer breiten Bewegung. Ihr Ziel, dass allen Menschen vernünftige Argumente zumutbar sind und dass man aufgrund von Argumenten zu einem Konsens kommen kann, das ist es, was wir auch heute wieder brauchen.“

---

Buchtipps:

Eva Kreisky (Hg.), „Von der Macht der Köpfe“:  
[www.besserewelt.at](http://www.besserewelt.at)

Schreiben Sie Ihre Meinung an die Redaktion  
[aw@oegb.at](mailto:aw@oegb.at)



## Nicht zuletzt

von

### Norbert Schnedl

Bundsvorsitzender der Gewerkschaft  
Öffentlicher Dienst (GÖD);  
Vizepräsident des ÖGB

# Was Wissen schafft . . .

**D**er Grazer Universitätsprofessor Leopold Neuhold erzählt gerne von einem USA-Aufenthalt, wo er einen Satz auf die Mauer an einer Universität gesprüht sah: „Ich habe mir meine Meinung gebildet, verschont mich mit euren Tatsachen.“ Obwohl dieses Wortspiel – im Amerikanischen mit „opinion“ und „facts“ festgemacht – schon fast 20 Jahre alt ist, scheint es gegenwärtig in Hochblüte zu stehen.

Nicht nur in den USA ist es modern geworden, sich um Fakten kaum noch zu kümmern, ja mehr noch, über die eigene Presseabteilung – oder noch einfacher über das Internet und soziale Medien (Facebook, Twitter, ...) – sogenannte Fake News, also andere/falsche Behauptungen, als „alternative Fakten“ in den öffentliche Raum zu stellen.

### Nachvollziehbarkeit

Als erste Aufgabe der Wissenschaft ist die objektive Nachvollziehbarkeit zu nennen. Das Momentum der Überraschung, des Zufalls, des Aha-Erlebnisses ist eher der Kunst zuzuordnen.

Die Wissenschaft muss auch in der modernsten Forschung Ergebnisse liefern, die einer Überprüfung standhalten. Man muss sie unbesorgt außer Streit stellen können, weil es eben Fakten sind. Damit liefert sie einen wesentlichen, ja unverzichtbaren Beitrag für die Gesellschaft.

Die Frage, ob Wissenschaft und Forschung der Wirtschaft oder der Gesellschaft dienen sollen, beantwortet sich von selbst, wenn man im Sinne einer aufgeklärten Gesellschaft für eine „Gewaltenteilung“ eintritt. Analog zur Freiheit der Kunst sollen weder Politik noch Religion noch Wirtschaft bestimmen, was und worüber geforscht werden soll. Dass schon seit jeher GeldgeberInnen bestimmen wollten – und wohl auch sehr oft bestimmt haben –, in welche Richtung Forschung gehen soll, ist zwar Realität, war aber niemals Ziel der Wissenschaft.

### Verantwortungsvoller Umgang

Wenn in alle Richtungen – also frei von politischen, religiösen oder wirtschaftlichen Zwängen – geforscht werden darf (und soll), stoßen wir auf das Problem, welches der Schweizer Schriftsteller **Friedrich Dürrenmatt** mit seinem Werk „Die Physiker“ in Bezug auf die Atombombe formulierte: „Es gibt Situationen“, schrieb Dürrenmatt, „wo eine gewisse Art von Denken offenbar gefährlich ist, wie das Rauchen in einer Pulverfabrik. Nun ist es unmöglich, die Pflicht, ein Dummkopf zu bleiben, als ethisches Prinzip aufzustellen.“

Es kann auch am Beginn des 21. Jahrhunderts nicht darum gehen, die Wissenschaft und Forschung zu beschränken, sondern wir sind gefordert,

mit den Ergebnissen verantwortungsvoll umzugehen.

### Herausforderung: Digitalisierung

Paradebeispiel für den gegenwärtigen Fortschritt, den Wissenschaft und Forschung in unser Leben bringen, ist die Digitalisierung. Durch die rasende Entwicklung der Elektronik sind alle beruflichen und privaten Lebensbereiche betroffen.

Hier sind wir als GewerkschafterInnen besonders gefordert, weil sich beim Sprung von einer „analogen“ zur „digitalen“ Welt fast alles verändert. Anstelle bisheriger Wertschöpfungsketten (ProduzentIn – HändlerIn – KonsumentIn) sind weltweite Netzwerke entstanden, anstelle von Arbeitsverträgen gibt es Internetplattformen, und durch die ungeheure Datenmenge, die mittlerweile zur Verfügung steht, wird der „gläserne Mensch“ immer mehr zur Realität.

Daher werden die Herausforderungen für Gewerkschaften zunehmen. Zum einen braucht es auch im „digitalen Zeitalter“ faire und praktikable Regelungen zum Schutz der Beschäftigten und arbeitsrechtliche sowie sozialversicherungsrechtliche Absicherungen. Zum anderen sind für die Freiheit der Wissenschaft und Lehre ausreichend Mittel zur Verfügung zu stellen. Eine Herausforderung, der wir uns als Gewerkschaft stellen werden.

**awblog.at** ist die digitale Ergänzung zur Printausgabe der „Arbeit&Wirtschaft“. Frisch gebloggt zeigt die Highlights.

## Abgabenquote: Höhe für Wachstum irrelevant

Philipp Gerhartinger

Philipp Haunschmid

Die Senkung der Abgabenquote war nicht nur ein wichtiges Thema im Wahlkampf, sondern ist es auch in den aktuellen Koalitionsverhandlungen. ÖVP und FPÖ versprechen sich dadurch vor allem mehr wirtschaftliches Wachstum.

Eine neue Studie der AK Oberösterreich zeigt deutlich, dass nicht die Höhe der Abgabenquote entscheidend für das Wirtschaftswachstum ist. Viel wichtiger ist ihre Zusammensetzung: Hohe Steuern auf Arbeit und Individualeinkommen hemmen die wirtschaftliche Entwicklung – in Österreich sind diese im internationalen Vergleich hoch. Steuern auf Vermögen allerdings bremsen das Wachstum nicht, und genau diese fallen in Österreich unterdurchschnittlich aus.

Die Abgabenquote wird in diesem Zusammenhang auch immer als Belastungsquote hingestellt. Dabei sichert sie wichtige öffentliche Leistungen, eine gute staatliche Verwaltung und einen funktionierenden Sozialstaat. Hinter der Forderung, die Abgabenquote zu senken, steht also ein Rückbau staatlicher Leistungen und eine Verlagerung ins Private.

Lesen Sie mehr: [tinyurl.com/y7ma4gok](https://tinyurl.com/y7ma4gok)

## Teilzeitbeschäftigung ist weiblich

Ulrike Huemer

Teilzeitbeschäftigung ist weiblich, Vollzeitjobs sind männlicher Standard. Jede zweite Frau hat einen Teilzeitjob, bei den Männern ist es jeder Zehnte. Gründe sind eine ungleiche Verteilung von Betreuungspflichten sowie Einkommensunterschiede zwischen den Geschlechtern: Aus ökonomischen Überlegungen entscheiden sich meist Frauen für eine Arbeitsreduktion. Unternehmen hingegen gewinnen durch den Einsatz von Teilzeitjobs Flexibilisierungsspielräume.

Teilzeitbeschäftigung ist sehr ungleich verteilt: In männerdominierten Tätigkeitsfeldern und in höheren Hierarchieebenen finden sich vorwiegend Vollzeitstellen. Bei Hilfsleistungsberufen (65,5 Prozent) und Dienstleistungsberufen (57,6 Prozent) hingegen ist die Teilzeitquote von Frauen sehr hoch.

(Freiwillige) Teilzeitbeschäftigung kann Vorteile für die Beschäftigten bringen – zum Beispiel bei der Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben. Sie birgt aber auch die Gefahr, die Chancenungleichheit von Frauen und Männern zu verfestigen. Ganz abgesehen von sozialen Risiken und Abhängigkeiten, die sich durch das geringe Einkommen ergeben.

Lesen Sie mehr: [tinyurl.com/y7pkplfm](https://tinyurl.com/y7pkplfm)

Wenn Ihnen ein Blogbeitrag gefällt, belohnen Sie uns und die Autorinnen und Autoren doch damit, dass Sie den Beitrag per Facebook, Twitter, E-Mail oder – ganz klassisch – per Mundpropaganda an interessierte Menschen weitergeben!

Wir freuen uns, wenn Sie uns abonnieren:

**awblog.at**

Sie finden uns auch auf Facebook & Twitter

[facebook.com/arbeit.wirtschaft](https://facebook.com/arbeit.wirtschaft) & [twitter.com/AundW](https://twitter.com/AundW)

## Aus AK und Gewerkschaften

AK:

### Die Eltern sind entscheidend

**Neue Studie: Migrationshintergrund von SchülerInnen nicht ausschlaggebend für Leistungsunterschiede.**

**Leistungsunterschiede zwischen SchülerInnen** mit und SchülerInnen ohne Migrationshintergrund haben wenig damit zu tun, ob Deutsch Erstsprache der Kinder ist oder nicht. Zu diesem Ergebnis kommt Barbara Herzog-Punzenberger in ihrer Studie „Migration und Mehrsprachigkeit“, die sie im Rahmen einer Veranstaltung in der Arbeiterkammer Wien präsentiert hat. In Mathematik und Englisch, so Herzog-Punzenberger, schneiden einige Sprachgruppen ähnlich oder besser als einsprachig deutschsprachige SchülerInnen ab. Andere wieder liegen zurück. Ausschlaggebend für Leistungsunterschiede in der Schule ist der Bildungshintergrund der Eltern, ergab die Studie. Das gilt sowohl für Kinder, die deutschsprachig aufgewachsen sind, als auch für SchülerInnen, die eine andere Erstsprache als Deutsch haben. Eine wich-

tige Rolle spielt auch das Alter, in dem die Kinder nach Österreich kamen. In den meisten Sprachgruppen schneiden die bereits in Österreich geborenen oder als Kleinkinder zugewanderten SchülerInnen besser ab als später zugewanderte. Das gilt nicht für Kinder aus Deutschland oder aus den osteuropäischen Ländern. Unter ihnen haben jene die besten Ergebnisse, die erst nach dem zehnten Lebensjahr nach Österreich kamen. Das könnte mit dem sozialen Hintergrund oder mit dem Mathematikunterricht im Herkunftsland zu tun haben, vermutet Herzog-Punzenberger.

Verstärkt werden die Leistungsunterschiede zwischen den SchülerInnen in Österreich durch die frühe Aufteilung der Zehnjährigen auf Gymnasium und Neue Mittelschule, analysiert Herzog-Punzenberger schließlich. Österreich weist we-

sentlich stärkere Unterschiede in den Leistungstests der achten Schulstufe auf als Länder mit einer späteren Trennung. Das verschlechterte die Lernergebnisse von Kindern mit einer anderen Erstsprache als Deutsch zusätzlich.

Unsere Schulen müssen mit der Mehrsprachigkeit ihrer SchülerInnen besser umgehen können – das ist der Tenor der AuftraggeberInnen der Studie. „Unser Anliegen ist chancengerechte Bildung für alle“, sagt AK-Präsident Rudi Kaske. Mehrsprachigkeit sei „ein Schatz, den wir heben müssen“. Damit bekäme jedes Kind seine Chance, seine Talente zu entfalten. Andererseits werde so „ein gedeihliches Miteinander statt sozialer Spaltung“ sichergestellt. Das bringe auch Vorteile in der Arbeitswelt.

Mehr Info: [tinyurl.com/y9edu4u3](http://tinyurl.com/y9edu4u3)

vida/AK:

### Tourismus: Aufholbedarf beim Personal

**Neuer Arbeitsklima Index zeigt: Die Branche ist am richtigen Weg, aber es gibt Herausforderungen.**

„Nach einer zehnjährigen Aufholjagd ist der Tourismus, was die Zufriedenheit der MitarbeiterInnen betrifft, endlich da angekommen, wo alle anderen Branchen sind.“ So kommentierte Berend Tusch von der vida den aktuellen Arbeitsklima Index Tourismus 2017. Die Daten der Sonderauswertung wurden im November bei einer Podiumsdiskussion von der Gewerkschaft vida, der AK Wien und dem IFES präsentiert. Besonders ins Auge fällt, dass sich die allgemeine Zufriedenheit unter den ArbeitnehmerInnen im Tourismus gegenüber der letzten Erhebung 2014 signifikant gesteigert hat.

Positiv wird auch die Einkommensentwicklung wahrgenommen. Die Löhne und Gehälter sind kräftig gestiegen und das spüren die Menschen: Lagen sie 2014 noch bei 1.320 Euro, so werden im kommenden Mai 1.500 Euro erreicht – ein Anstieg von 13,6 Prozent.

„Die Menschen merken, dass sich ihre Arbeit auch finanziell lohnt“, betont der Gewerkschafter. Im Vergleich zu 2014 verspüren die Beschäftigten zudem eine deutlich höhere Arbeitsplatzsicherheit. Deutlich gesunken ist bei vielen ArbeitnehmerInnen auch der Wunsch, sich zu verändern bzw. in ein anderes Unternehmen zu wechseln.

Allerdings haben die Beschäftigten weiter mit hohen physischen Belastungen und Stress zu kämpfen. Die Werte in diesen Bereichen sind im aktuellen Arbeitsklima Index unverändert hoch. „Das ist alarmierend, wenn auch leider nicht überraschend“, so Tusch. „Wir wissen, dass viele Beschäftigte unter der Dienstplanunsicherheit leiden. Viele wissen heute nicht, ob und wie sie morgen Dienst haben. Aber nicht nur das macht ein familienfreundliches Arbeitsleben nahezu unmöglich, auch viel zu kurze Ruhezeiten wirken für viele ab-

schreckend!“ So verweist etwa im aktuellen Arbeitsklima Index knapp ein Drittel der Tourismusbeschäftigten auf unregelmäßige Arbeitszeiten wie z. B. Arbeit auf Abruf, abgesehen von einem weiteren Fünftel mit „regelmäßiger“ Schicht- oder Turnusarbeit.

Es müsse auch im Tourismus möglich sein, ein Mindestmaß an Planbarkeit und Verbindlichkeit sicherzustellen, betont Tusch. Vor allem bei der Aufstockung des Personals ortet er extremen Aufholbedarf: „Im Vergleich zu allen anderen Branchen liegt der Tourismus in den Bereichen Zeiteinteilung, allgemeine Berufszufriedenheit und Karrierechancen noch weit zurück. Das sind die Herausforderungen in den kommenden Jahren, damit auch noch die nächsten Generationen das Hotel- und Gastgewerbe als Zukunftsbranche sehen!“

Mehr Info: [tinyurl.com/yawnqdfg](http://tinyurl.com/yawnqdfg)

## Man kann nicht alles wissen ...

**Agenda Austria:** Die „Vereinigung für wissenschaftlichen Dialog und gesellschaftliche Erneuerung“ wurde 2013 gegründet. Mitglieder und Financiers der neoliberalen Denkfabrik sind durchwegs Wirtschaftsunternehmen und vermögende Privatpersonen; Geschäftsführer: Franz Schellhorn, ehemaliger Leiter der Wirtschaftsredaktion der Tageszeitung Die Presse. (Seite 12)

**aggregiert:** angehäuft (Seite 9)

**Bias** (englisch; sprich: beias): (statistische) Verzerrung (Seite 39)

**Bologna-System:** Auf europaweite Harmonisierung von Studiengängen und -abschlüssen sowie auf internationale Mobilität der Studierenden ausgerichtete transnationale Hochschulreform zur Schaffung eines einheitlichen Europäischen Hochschulraums. Der Begriff geht zurück auf die 1999 von 29 europäischen BildungsministerInnen in Bologna unterzeichnete Erklärung. Wesentliche Elemente des Prozesses sind das zweistufige System berufsqualifizierender Studienabschlüsse (Bachelor, Master) plus drittens das Doktoratsstudium (PhD) mit eigener Forschung, die durchgängige Etablierung des European Credit Transfer System (ECTS), das studentische Leistungen international vergleichbar macht, laufende Qualitätssicherung im Hochschulbereich sowie die auf Beschäftigungsfähigkeit (Employability) am Arbeitsmarkt zielende Ausrichtung der Studiengänge. (Seite 14)

**Dürrenmatt, Friedrich:** Schweizer Schriftsteller, Dramatiker und Maler (1921–1990); Werke: Der Richter und sein Henker, Grieche sucht Griechin, Der Besuch der alten Dame, Es geschah am heillichten Tag etc. Die (Tragi)komödie „Die Physiker“ war schon bei der Uraufführung 1962 ein großer Erfolg: Drei Physiker, die sich als Geistesranke ausgeben, leben in einer psychiatrischen Klinik. Einer von ihnen hat eine Entdeckung gemacht, die das Ende der Welt bedeuten könnte ... (Seite 43)

**Europäischer Wirtschafts- und Sozialausschuss (EWSA):** 1957 etablierte beratende Einrichtung der EU, die sich als Sprachrohr der organisierten Zivilgesellschaft in Brüssel versteht. Der Ausschuss ist in drei Gruppen (Kurien) gegliedert: ArbeitgeberInnen, ArbeitnehmerInnen, sonstige Interessensgruppen. Neben den klassischen Sozialpartnern sind somit auch andere gesellschaftliche Bereiche (z. B. Verbraucherschutz- und Umweltorganisationen) im Ausschuss repräsentiert. Die 350 Mandatare werden jeweils für fünf Jahre ernannt. [www.eesc.europa.eu/de](http://www.eesc.europa.eu/de) (Seite 35)

**Evolutionäre Ökonomik:** in den 1980er-Jahren entstandenes Forschungsgebiet der Wirtschaftswissenschaft, das sich mit der Rolle des Wissens, dessen Wandel und Begrenzungen für die Wirtschaft befasst. Während die Neoklassik von der Bildung wirtschaftlicher Gleichgewichte auf Märkten ausgeht, rekonstruiert die Evolutionsökonomik Wirtschaftsprozesse analog zur biologischen Evolution: Ein permanenter Wettbewerb zwischen Produkten, Dienstleistungen, Unternehmensformen

und sogar Wirtschaftssystemen sorgt dafür, dass nur jene Wettbewerbssteilnehmer weiterbestehen können, die den jeweiligen Umwelthanforderungen entsprechen und sich an die laufend wechselnden Wettbewerbsbedingungen anpassen. (Seite 35)

**Firnberg, Hertha:** österreichische SP-Politikerin (1909–1994); 1971–83 nach Grete Rehor zweite Ministerin (Wissenschaft und Forschung) in Österreich. In ihre Amtszeit fiel unter anderem die Universitätsreform 1975. (Seite 4)

**Fisher, Irving:** US-amerikanischer Ökonom (1867–1947); Vertreter der Neoklassik, dessen Preis- und Zinstheorie grundlegende Bedeutung für die moderne Investitionstheorie hat. (Seite 34)

**fluid:** flüssig, fließend (Seite 41)

**Frankfurter Schule:** Bezeichnung für eine Gruppe von Wissenschaftlern, die an die Theorien von Freud, Hegel und Marx anknüpfte und deren Zentrum das 1924 eröffnete Institut für Sozialforschung (IFS) an der Johann-Wolfgang-Goethe-Universität in Frankfurt/Main war. Berühmte Mitglieder waren u. a. Max Horkheimer, Theodor W. Adorno, Erich Fromm, Herbert Marcuse, Leo Löwenthal. Später war die Frankfurter Schule für die 68er-Bewegung von großer Bedeutung. (Seite 20)

**Hayek Institut:** 1993 gegründeter, neoliberal ausgerichteter Thinktank mit Sitz in Wien; Namensgeber Friedrich August von Hayek (1899–1992) gilt als Vater des Neoliberalismus. Er war einer der wichtigsten Vertreter der Österreichischen Schule der Nationalökonomie und erhielt 1974 den Nobelpreis. (Seite 12)

**Horizon 2020:** EU-Programm für Forschung und Innovation; die Finanzierungs- und Förderformen reichen von der Grundlagenforschung bis zur Produktentwicklung. Insgesamt stehen knapp 75 Mrd. Euro für Forschung und Innovation von 2014 bis 2020 zur Verfügung. (Seite 30)

**Horn, Gustav:** deutscher Wirtschaftswissenschaftler, geb. 1954; seit 2005 leitet er das Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung der staatsunabhängigen, gewerkschaftsnahen Hans-Böckler-Stiftung. (Seite 33)

**Impact-Faktor:** Zahl, deren Höhe den Einfluss einer wissenschaftlichen Fachzeitschrift wiedergibt. Der Impact-Faktor ist kein Maß für die Qualität der Artikel einer Zeitschrift, sondern gibt Auskunft darüber, wie oft die Artikel einer bestimmten Zeitschrift in anderen Publikationen zitiert werden. (Seite 19)

**insinuieren:** hier: unterstellen; einflüstern; sich insinuieren = sich einschmeicheln (Seite 37)

**Komplexitätsökonomik:** Teilgebiet der Ökonomik, das einen ganzheitlichen, nicht-reduktionistischen Ansatz verfolgt: Ökonomische Zusammenhänge können isoliert von politischen und sozialen Faktoren nicht richtig verstanden und prognostiziert werden. Die Welt ist geprägt von fundamentaler Unsicherheit und verändert sich permanent; Menschen verhalten sich nicht immer rational, haben aber Gründe für ihr Verhalten. (Seite 35)

**Mazzucato, Mariana:** US-Ökonomin, geb. 1968; in ihrem Buch „Das Kapital des Staates“ (2014) führt sie zahlreiche Beispiele dafür an, dass viele von smarten ErfinderInnen entwickelte Produkte wie etwa das iPhone ohne durch vom Staat finanzierte Infrastruktur, Förderungen etc. kaum so erfolgreich geworden wären. (Seite 23)

**Minsky, Hyman:** US-Wirtschaftswissenschaftler (1919–1996); er vertrat die Auffassung, dass die Finanzierungsprozesse einer kapitalistischen Ökonomie endogene destabilisierende Kräfte entwickeln. Die Finanzinstitutionen des Kapitalismus wären „von sich aus ruinös“, und deshalb gelte es zu akzeptieren, dass das Gebiet effizienter und wünschenswerter freier Märkte begrenzt ist. (Seite 34)

**Mitnahmeeffekt:** Inanspruchnahme von Subventionen oder anderer finanzieller Anreize für ein Verhalten, das auch ohne diese Anreize stattgefunden hätte. (Seite 23)

**Onaran, Özlem:** Professorin für Ökonomie an der University of Greenwich und Direktorin des Greenwich Political Economy Research Centre, geb. 1970. Ihre Forschungsschwerpunkte liegen in den Bereichen Ungleichheit, lohngetriebenes Wachstum, Beschäftigung, Globalisierung, Gender und Krisen. (Seite 33)

**Ökonomik:** Wissenschaft, die sich mit Wirtschaft (Ökonomie) beschäftigt. (Seite 34)

**Peer-reviewed:** Begutachtung durch Gleichgestellte/Ebenbürtige, etwa wenn wissenschaftliche Fachzeitschriften redaktionelle Beiträge von WissenschaftlerInnen vor der Veröffentlichung von geeigneten Fachleuten prüfen lassen. (Seite 20)

**Pr(a)edoc-Stelle:** Anstellung für wissenschaftliche MitarbeiterInnen, die nach dem Master-Studium das Ziel verfolgen, an der Universität zu forschen und dabei ihre Dissertation zu verfassen. Die Predoc-Stelle ist damit gleichzeitig auch eine Ausbildungsstelle auf hohem Niveau, befristet auf meist vier Jahre. (Seite 19)

**Trente Glorieuses** (frz., sprich: traut gloriös): die 30 Glorreichen; hier: die Jahre des Wirtschaftswachstums nach dem Zweiten Weltkrieg. (Seite 40)

**Verhaltensökonomik (Verhaltensökonomie):** Teilgebiet der Wirtschaftswissenschaft, das sich mit dem (in der Regel nicht strikt rationalen) menschlichen Verhalten in wirtschaftlichen Situationen beschäftigt. (Seite 35)

**Wagenhofer, Erwin:** österreichischer Autor und Filmemacher, geb. 1961; er wurde 2005 mit seiner Doku „We feed the world“ einem breiteren Publikum bekannt. Weitere Filme: Let's make money, Alphabet. (Seite 35)

**Zucman, Gabriel:** französischer Ökonom, geb. 1986; Schüler von Thomas Piketty, derzeit Assistant Professor in Berkeley/Kalifornien. 2014 erschien sein Buch „Steuerparadiese – Wo der Wohlstand der Nationen versteckt wird“. (Seite 33)



 online  ebook

## Beschäftigtendatenschutz

Handbuch für die betriebliche Praxis

**Susanne Haslinger/Andreas Krisch/Thomas Riesecker-Caba (Hrsg.)**

Ratgeber

2017 / 240 Seiten / EUR 39,00

ISBN 978-3-99046-237-9

Buch+Online+ebook

In der europäischen Datenschutz-Grundverordnung (DS-GVO) wird erstmals die Datenverarbeitung im Beschäftigungskontext direkt angesprochen. Im neuen österreichischen Datenschutzgesetz (DSG) bleiben die Informations- und Mitwirkungsrechte der Betriebsräte aufrecht, sie stehen jedoch vor zahlreichen Fragen und neuen Herausforderungen.

In diesem Handbuch wird die geänderte Rechtslage für Betriebsräte, Datenschutzbeauftragte und ArbeitnehmerInnen aufbereitet, um eine ausgewogene Umsetzung der rechtlichen Vorgaben im Betrieb zu unterstützen.

KäuferInnen des Buchs können auch auf eine E-Book-Version im PDF-Format sowie online auf weitere Inhalte zugreifen.

## BESTELLUNG

IM THEMESHOP DES ÖGB-VERLAGS

[www.arbeit-recht-soziales.at](http://www.arbeit-recht-soziales.at) / [kontakt@arbeit-recht-soziales.at](mailto:kontakt@arbeit-recht-soziales.at)

F +43 1 405 49 98-136 / T +43 1 405 49 98-132

oder direkt in der Fachbuchhandlung des ÖGB-Verlags

1010 Wien, Rathausstraße 21

Anzahl der Exemplare

Name

Vorname

Firma/Institution

Telefon

E-Mail

Anschrift

PLZ

Ort

Datum, Unterschrift



Schwaches Wirtschaftswachstum bremst Produktivitätsentwicklung

Armutgefährdung Älterer – Deutschland und Österreich im Vergleich



Stefan Ederer

Stefan Schiman

Erik Türk

Florian Blank



1. Dezember 2017

Das Wachstum der gesamtwirtschaftlichen Arbeitsprodukt – also das Volumen an produzierten Gütern und angebotenen Dienstleistungen je Beschäftigter/m – hat sich seit den Jahren in den meisten Industrieländern verlangsamt. Seit der Finanz- und Wirtschaftskrise 2008/09 hat sich dieser Trend noch einmal deutlich verstärkt.

WEITERLESEN →

### Die AutorInnen



Ute Weiner



Ursula Janesch



Norbert Blüm



Thomas Kreiml



Julia Bock-Schappelwein



Josef Wöss



Franz Gall



Gerhard Senft



Laura



Philipp Stachelsky



Tim Jülicher

### Über diesen Blog

Hintergründe, Argumente, & Fakten

A&W Blog leuchtet Hintergründe aus, stößt Debatten an und hält mit Fakten dem Mainstream kritisch gegen. Dabei beziehen wir klar Position: Auf Seiten der arbeitenden Menschen.

Der Name ist Programm

Open Access

Grafiken

# Wir haben uns hübsch gemacht.



**awblog.at** leuchtet Hintergründe aus, stößt Debatten an und hält mit Fakten dem Mainstream kritisch gegen. Der A&W-Blog bezieht klar Position: Auf Seiten der arbeitenden Menschen. Engagierte Leute aus Wissenschaft, interessierter Öffentlichkeit und ArbeitnehmerInnenvertretung bringen kurze Analysen und klare Argumente auf den Blog.

twitter.com/AundW

facebook.com/arbeit.wirtschaft

**awblog.at**

Ein Ersuchen des Verlages an den/die BriefträgerIn:  
Falls Sie diese Zeitschrift nicht zustellen können, teilen Sie uns bitte hier den Grund und gegebenenfalls die neue oder richtige Anschrift mit

\_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_

Straße/Gasse Haus-Nr./Stiege/Stock/Tür

Postleitzahl Ort

Besten Dank

AW